

## **Geszentwurf der Bundesregierung**

### **Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen**

#### **A. Problem und Ziel**

##### **1. Anhebung der Pfändungsfreigrenzen für Arbeitseinkommen**

Die Pfändungsfreigrenzen für Arbeitseinkommen sind zuletzt durch das Sechste Gesetz zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen vom 1. April 1992 mit Wirkung vom 1. Juli 1992 (BGBl. I S. 745) erhöht worden. Die seither eingetretene wirtschaftliche Entwicklung und der Anstieg bei den nach dem Bundessozialhilfegesetz zu gewährenden Hilfen zum Lebensunterhalt haben dazu geführt, dass die Pfändungsfreigrenzen bei den alleinstehenden, nicht unterhaltsverpflichteten Schuldner ebenso wie bei Schuldner mit unterhaltsberechtigten Angehörigen deutlich hinter den Sozialhilfesätzen zurückgeblieben sind. Dies gilt namentlich vor dem Hintergrund der insbesondere bis Mitte der 90er Jahre zu beobachtenden Mietsteigerung in den Ballungsgebieten, ebenso aber auch angesichts der Energiekosten. Zahlreiche Schuldner versuchen inzwischen – zumeist erfolgreich –, dieser Entwicklung mit Anträgen auf Anpassung des unpfändbaren Betrages gemäß § 850f Abs. 1 ZPO zu begegnen. Obwohl diese grundsätzlich dem Einzelfall vorbehaltene, durch den Gesetzgeber des Sechsten Änderungsgesetzes 1992 geschaffene Antragsmöglichkeit der Mehrzahl der Schuldner nach wie vor nicht hinreichend bekannt ist, ist angesichts der aktuell vielfach hinter dem Sozialhilfeniveau zurückbleibenden Pfändungsfreigrenzen bei den Vollstreckungsgerichten insbesondere hinsichtlich der Anträge nach § 850f Abs. 1 Buchstabe a ZPO ein auch zu Verzögerungen führender Überhang zu beobachten, der auf Dauer nicht hinnehmbar ist. Schuldner, die sich der Möglichkeit des § 850f Abs. 1 ZPO nicht bedienen und/oder von der Rechtmäßigkeit und Unanfechtbarkeit der durch den Beschluss im Zusammenhang mit den Pfändungstabellen gemäß § 850c ZPO festgelegten Pfändungsfreigrenzen ausgehen, sind zum Ausgleich zunehmend auf Sozialhilfe angewiesen. Die Allgemeinheit hat dadurch letztlich für private Schulden einzustehen.

Dies soll durch die Anhebung der Pfändungsfreibeträge vermieden werden. Die Freibeträge sind dabei so zu bemessen, dass der Schuldner in seiner Motivation gestärkt wird, aus eigener Kraft seinen Lebensunterhalt zu verdienen und seine Verschuldung zu überwinden. Damit wird zugleich erreicht, dass die Anträge gemäß § 850f ZPO einen Ausnahmecharakter behalten, um so einer unerwünschten Mehrbelastung der Vollstreckungsgerichte entgegenzuwirken. Mit einer Dynamisierungsregelung hinsichtlich der Beträge des § 850c Abs. 1 und 2 soll darüber hinaus für die Zukunft eine regelmäßige Anpassung der Pfändungsfreigrenzen sichergestellt werden.

## 2. Umstellung der Tabelle zu § 850c ZPO und der das Zwangsvollstreckungsverfahren betreffenden Vorschriften auf Euro-Werte

Alle Wertangaben in Deutscher Mark sind bis zum 1. Januar 2002 auf Angaben in Euro umzustellen. Betroffen ist eine Vielzahl von Gesetzen und Regelungen. Eine möglichst frühzeitige Festschreibung der neuen Euro-Beträge ermöglicht es vor allem der Wirtschaft, der Justiz und der Verwaltung, die bis zum Stichtag zu vollziehende Umstellung vorzubereiten.

### **B. Lösung**

Die in der Zivilprozessordnung vorgegebenen Beträge, die für die Berechnung des pfändbaren Arbeitseinkommens maßgebend sind, werden neu festgesetzt. Die Tabellen in der Anlage zu § 850c ZPO, welche den pfändbaren Betrag ausweisen, werden neu gefasst. Dabei werden schon in den bis zum 31. Dezember 2001 anzuwendenden DM-Tabellen aus Gründen der besseren Praktikabilität in den Wertstufen jeweils gerade Beträge in Deutscher Mark zugrunde gelegt. Mit dem 1. Januar 2002 werden auf dieser Grundlage pfändungsfreie Eurobeträge in Geltung gesetzt, die unter Zugrundelegung des amtlichen Umrechnungskurses von 1 Euro = 1,95583 DM durch geringfügige Rundung nach oben in den Wertstufen ebenfalls den Erfordernissen der Praxis Rechnung tragen. Die hiermit bewirkten marginalen Glättungen nach oben haben haushaltstechnisch keine nennenswerten Auswirkungen, sie berücksichtigen tendenziell bereits die zu erwartenden weiteren Steigerungen der Lebenshaltungskosten und tragen zur Akzeptanz der ab 1. Januar 2002 greifenden weiteren Veränderung der Pfändungsfreibeträge bei.

### **C. Alternativen**

Keine

### **D. Kosten der öffentlichen Haushalte**

Die Änderungen werden für Bund, Länder und Gemeinden keine wesentlichen zusätzlichen Kosten verursachen. Mit gewissen Vollstreckungsausfällen der öffentlichen Hand durch die Anhebung der Pfändungsfreigrenzen muss gerechnet werden. In zahlreichen bisher noch zu Vollstreckungserträgen führenden Fällen wird zwar das Nettoeinkommen die Pfändungsgrenze nicht mehr überschreiten, so dass Ansprüche nicht mehr realisiert werden können. Dagegen ist jedoch eine dauerhafte, wenn auch rechnerisch nicht bezifferbare Entlastung der Sozialhilfeträger zu erwarten.

### **E. Sonstige Kosten**

Durch Einschränkung der bestehenden Pfändungsrahmen entstehen für Gläubiger höhere Belastungen durch Ausfälle. Deren Umfang lässt sich im Vorhinein nicht quantifizieren; er dürfte im Wesentlichen aber auf Einzelfälle beschränkt bleiben. Messbare Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, werden daher nicht erwartet.

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**  
**DER BUNDESKANZLER**

Berlin, den 15. August 2001

022 (131) – 442 01 – Pf 10/01

An den  
Präsidenten des  
Deutschen Bundestages

11011 Berlin

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen  
mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 764. Sitzung am 1. Juni 2001 gemäß Artikel 76  
Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus Anlage 2  
ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in  
der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.





## Anlage 1

**Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1****Änderung der Zivilprozessordnung**

Die Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1026), wird wie folgt geändert:

1. In § 850a Nr. 4 wird die Angabe „540 Deutsche Mark“ durch die Angabe „980 Deutsche Mark“ ersetzt.
2. In § 850b Abs. 1 Nr. 4 wird die Angabe „4 140 Deutsche Mark“ durch die Angabe „7 000 Deutsche Mark“ ersetzt.
3. § 850c wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 werden
      - aaa) die Angabe „1 209 Deutsche Mark“ durch die Angabe „1 800 Deutsche Mark“,
      - bbb) die Angabe „279 Deutsche Mark“ durch die Angabe „420 Deutsche Mark“ und
      - ccc) die Angabe „55,80 Deutsche Mark“ durch die Angabe „84 Deutsche Mark“ersetzt.
    - bb) In Satz 2 werden
      - aaa) die Angabe „3 081 Deutsche Mark“ durch die Angabe „4 000 Deutsche Mark“,
      - bbb) die Angabe „711 Deutsche Mark“ durch die Angabe „928,08 Deutsche Mark“,
      - ccc) die Angabe „142,20 Deutsche Mark“ durch die Angabe „185,55 Deutsche Mark“,
      - ddd) die Angabe „468 Deutsche Mark“ durch die Angabe „680 Deutsche Mark“,
      - eee) die Angabe „108 Deutsche Mark“ durch die Angabe „157,04 Deutsche Mark“,
      - fff) die Angabe „21,60 Deutsche Mark“ durch die Angabe „31,39 Deutsche Mark“,
      - ggg) die Angabe „351 Deutsche Mark“ durch die Angabe „380 Deutsche Mark“,
      - hhh) die Angabe „81 Deutsche Mark“ durch die Angabe „87,76 Deutsche Mark“ und
      - iii) die Angabe „16,20 Deutsche Mark“ durch die Angabe „17,54 Deutsche Mark“ ersetzt.
    - b) In Absatz 2 Satz 2 werden
      - aa) die Angabe „3 796 Deutsche Mark“ durch die Angabe „5 576,00 Deutsche Mark“,
      - bb) die Angabe „876 Deutsche Mark“ durch die Angabe „1 287,30 Deutsche Mark“ und
      - cc) die Angabe „175,20 Deutsche Mark“ durch die Angabe „257,34 Deutsche Mark“ ersetzt.
    - c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Die unpfändbaren Beträge nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ändern sich jeweils zum 1. Januar eines Jahres, erstmalig zum 1. Januar 2003, entsprechend der im Vergleich zum jeweiligen Vorjahreszeitraum sich ergebenden prozentualen Entwicklung des Grundfreibetrages nach § 32a Abs. 1 Nr. 1 des Einkommenssteuergesetzes; der Berechnung ist die am 1. Januar des jeweiligen Jahres geltende Fassung des § 32a Abs. 1 Nr. 1 des Einkommenssteuergesetzes zugrunde zu legen. Das Bundesministerium der Justiz gibt die maßgebenden Beträge rechtzeitig im Bundesgesetzblatt bekannt.“
  4. § 850f wird wie folgt geändert:
    - a) In Absatz 1 Buchstabe a) werden die Wörter „des Abschnitts 2“ durch die Wörter „der Abschnitte 2 und 4“ ersetzt.
    - b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
      - aa) In Satz 1 und 2 werden jeweils
        - aaa) die Angabe „3 744 Deutsche Mark“ durch die Angabe „5 500 Deutsche Mark“,
        - bbb) die Angabe „864 Deutsche Mark“ durch die Angabe „1 250 Deutsche Mark“ und
        - ccc) die Angabe „172,80 Deutsche Mark“ durch die Angabe „240 Deutsche Mark“ersetzt.
      - bb) Nach Satz 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Die Beträge nach den Sätzen 1 und 2 werden entsprechend der in § 850c Abs. 2a getroffenen Regelung jeweils zum 1. Januar eines Jahres, erstmalig zum 1. Januar 2003, geändert.“
  5. In § 915b Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 915 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 915 Abs. 3“ ersetzt.
  6. Die Anlage zu § 850c der Zivilprozessordnung erhält die diesem Gesetz als Anlage 1 beigefügte Fassung.

**Artikel 2****Weitere Änderungen der Zivilprozessordnung**

Die Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. In § 813 Abs. 3 wird die Angabe „1 000 Deutsche Mark“ durch die Angabe „500 Euro“ ersetzt.

2. In § 850a Nr. 4 wird die Angabe „980 Deutsche Mark“ durch die Angabe „500 Euro“ ersetzt.
3. In § 850b Abs. 1 Nr. 4 wird die Angabe „7 000 Deutsche Mark“ durch die Angabe „3 579 Euro“ ersetzt.
4. § 850c wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 werden
      - aaa) die Angabe „1 800 Deutsche Mark“ durch die Angabe „930 Euro“,
      - bbb) die Angabe „420 Deutsche Mark“ durch die Angabe „217,50 Euro“ und
      - ccc) die Angabe „84 Deutsche Mark“ durch die Angabe „43,50 Euro“
 ersetzt.
    - bb) In Satz 2 werden
      - aaa) die Angabe „4 000 Deutsche Mark“ durch die Angabe „2 060 Euro“,
      - bbb) die Angabe „928,08 Deutsche Mark“ durch die Angabe „478,50 Euro“,
      - ccc) die Angabe „185,55 Deutsche Mark“ durch die Angabe „96,50 Euro“,
      - ddd) die Angabe „680 Deutsche Mark“ durch die Angabe „350 Euro“,
      - eee) die Angabe „157,04 Deutsche Mark“ durch die Angabe „81 Euro“,
      - fff) die Angabe „31,39 Deutsche Mark“ durch die Angabe „17 Euro“,
      - ggg) die Angabe „380 Deutsche Mark“ durch die Angabe „195 Euro“,
      - hhh) die Angabe „87,76 Deutsche Mark“ durch die Angabe „45 Euro“ und
      - iii) die Angabe „17,54 Deutsche Mark“ durch die Angabe „9 Euro“
 ersetzt.
  - b) In Absatz 2 Satz 2 werden
    - aa) die Angabe „5 576 Deutsche Mark“ durch die Angabe „2 851 Euro“,
    - bb) die Angabe „1 287,30 Deutsche Mark“ durch die Angabe „658 Euro“ und
    - cc) die Angabe „257,34 Deutsche Mark“ durch die Angabe „131,58 Euro“
 ersetzt.
  - c) In Absatz 3 Satz 1 werden
    - aa) die Angabe „20 Deutsche Mark“ durch die Angabe „10 Euro“,
    - bb) die Angabe „5 Deutsche Mark“ durch die Angabe „2,50 Euro“ und
    - cc) die Angabe „1 Deutsche Mark“ durch die Angabe „50 Cent“
 ersetzt.
5. In § 850f Abs. 3 Satz 1 und 2 werden jeweils
  - a) die Angabe „5 500 Deutsche Mark“ durch die Angabe „2 815 Euro“,
  - b) die Angabe „1 250 Deutsche Mark“ durch die Angabe „641 Euro“
  - c) die Angabe „240 Deutsche Mark“ durch die Angabe „123,50 Euro“
 ersetzt.
6. In § 866 Abs. 3 wird die Angabe „eintausendfünfhundert Deutsche Mark“ durch die Angabe „siebenhundertfünfzig Euro“ ersetzt.
7. In § 888 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „fünfzigtausend Deutsche Mark“ durch die Angabe „fünfundzwanzigtausend Euro“ ersetzt.
8. In § 890 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „fünfhunderttausend Deutsche Mark“ durch die Angabe „zweihundertfünfzigtausend Euro“ ersetzt.
9. In § 915h Abs. 1 Nr. 4 wird die Angabe „50 000 Deutsche Mark“ durch die Angabe „25 000 Euro“ ersetzt.
10. Die Anlage zu § 850c der Zivilprozessordnung erhält die diesem Gesetz als Anlage 2 beigelegte Fassung.

### Artikel 3

#### Änderung der Schuldnerverzeichnisverordnung

Die Schuldnerverzeichnisverordnung vom 15. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3822) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
  - a) Im ersten Halbsatz wird die Angabe „§ 107 Abs. 2 der Konkursordnung“ durch die Angabe „§ 26 Abs. 2 der Insolvenzordnung“ ersetzt.
  - b) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
    - „1. Die Bezeichnung des Schuldners wie in dem Beschluss durch den der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens nach § 26 Abs. 1 der Insolvenzordnung abgewiesen wurde.“
  - c) In Nummer 3 werden die Wörter „der Konkursache“ durch die Wörter „des Insolvenzverfahrens“ ersetzt.
2. In § 2 Abs. 2 und Abs. 4 Satz 2, § 4 Abs. 2 Satz 1 und § 7 Abs. 2 wird jeweils die Angabe „§ 915 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 915 Abs. 3“ ersetzt.
3. In § 8 Abs. 4 Satz 3 wird die Angabe „fünfzigtausend Deutsche Mark“ durch die Angabe „fünfundzwanzigtausend Euro“ ersetzt.
4. § 9 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
 

„An gut sichtbarer Stelle ist auf die sich aus § 915 Abs. 3, §§ 915a, 915b und 915d bis 915g der Zivilprozessordnung sowie aus § 26 Abs. 2 der Insolvenzordnung ergebenden Pflichten des Inhabers von Abdrucken hinzuweisen.“
5. § 12 Abs. 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
 

„In den Listen ist an gut sichtbarer Stelle auf die sich aus § 915 Abs. 3, §§ 915a, 915b und 915d bis 915g der Zivilprozessordnung sowie aus § 26 Abs. 2 der Insolvenz-

ordnung ergebenden Pflichten des Beziehers von Listen hinzuweisen.“

6. In § 15 Abs. 1 werden nach den Wörtern „Löschungen gemäß § 915g der Zivilprozessordnung“ die Wörter „so wie § 26 Abs. 2 der Insolvenzordnung“ eingefügt.
7. In § 16 Abs. 1 werden nach den Wörtern „Löschungspflicht nach § 915g der Zivilprozessordnung“ die Wörter „oder § 26 Abs. 2 der Insolvenzordnung“ eingefügt.
8. In § 17 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 4 wird jeweils die Angabe „§ 915 Abs. 2 der Zivilprozessordnung“ durch die Angabe „§ 915 Abs. 3 der Zivilprozessordnung“ ersetzt.
9. In § 19 Abs. 1 Nr. 1 wird die Angabe „§ 915 Abs. 2 der Zivilprozessordnung“ durch die Angabe „§ 915 Abs. 3 der Zivilprozessordnung“ ersetzt.

#### Artikel 4

##### Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung

Der § 20 des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-2, veröffentlichten, bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird wie folgt neu gefasst:

„§ 20

(1) Für eine vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens des Artikels 1 des Siebten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen] ausgebrachte Pfändung sind hinsichtlich der nach diesem Zeitpunkt fälligen Leistungen die Vorschriften des § 850a Nr. 4, § 850b Abs. 1 Nr. 4, § 850c und § 850f Abs. 3 der Zivilprozessordnung in der ab diesem Zeitpunkt geltenden Fassung anzuwenden. Auf Antrag des Gläubigers, des Schuldners oder des Drittschuldners hat das Vollstreckungsgericht den Pfändungsbeschluss entsprechend zu berichtigen. Der Drittschuldner kann nach dem Inhalt des früheren Pfändungsbeschlusses mit befreiender Wirkung leisten, bis ihm der Berichtigungsbeschluss zugestellt wird.

(2) Soweit die Wirksamkeit einer Verfügung über Arbeitseinkommen davon abhängt, dass die Forderung der Pfändung unterworfen ist, sind die Vorschriften des § 850a Nr. 4, § 850b Abs. 1 Nr. 4, § 850c und § 850f Abs. 3 der Zivilprozessordnung in der ab dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens des Artikels 1 des Siebten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen] geltenden Fassung hinsichtlich der Leistungen, die nach diesem Zeitpunkt fällig werden, auch anzuwenden, wenn die Verfügung vor diesem Zeitpunkt erfolgt ist. Der Drittschuldner kann nach den bis

zum ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens des Artikels 1 des Siebten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen] geltenden Vorschriften solange mit befreiender Wirkung leisten, bis ihm eine entgegenstehende vollstreckbare gerichtliche Entscheidung zugestellt wird oder eine Verzichtserklärung desjenigen zugeht, an den der Schuldner nach den ab diesem Zeitpunkt geltenden Vorschriften weniger zu leisten hat.“

#### Artikel 5

##### Änderung des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung

In „§ 145a Nr. 2 Satz 1, Nr. 3 Satz 1 und 2, Nr. 4, § 158a Nr. 2, § 168c Nr. 2 Satz 1, Nr. 3 Satz 1 und 2, Nr. 4 und § 171e Nr. 2 Satz 1, Nr. 3 Satz 1 und 2 und Nr. 4 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-14, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird jeweils die Angabe „Deutsche Mark“ oder „Deutscher Mark“ durch die Angabe „Euro“ ersetzt.

#### Artikel 6

##### Änderung des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

In § 33 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III Gliederungsnummer 315-1 veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird die Angabe „fünfzigtausend Deutsche Mark“ durch die Angabe „fünfundzwanzigtausend Euro“ ersetzt.

#### Artikel 7

##### Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 3 beruhenden Teile der Schuldnerverzeichnisverordnung können auf Grund der Ermächtigung des § 915h Abs. 1 der Zivilprozessordnung durch Rechtsverordnung geändert werden.

#### Artikel 8

##### Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am ... in Kraft.

(2) Artikel 2, Artikel 3 Nr. 3, Artikel 5 und Artikel 6 treten am 1. Januar 2002 in Kraft.

## Begründung

### A. Allgemeines

1. Der Entwurf sieht vor, die Pfändungsfreibeträge, die einem Schuldner bei der Zwangsvollstreckung in sein Arbeitseinkommen verbleiben, den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen so anzupassen, dass das Absinken der Pfändungsfreigrenzen unter das Existenzminimum des Schuldners verhindert wird. Dies ist aus verfassungsrechtlichen Gründen geboten. Zugleich wird dem Eintritt der Sozialhilfebedürftigkeit infolge der Pfändung entgegengewirkt. Die Sozialhilfeträger sollen dauerhaft entlastet werden und der Steuerzahler soll nicht länger indirekt für private Verbindlichkeiten aufkommen müssen.

Mit der Neufestsetzung der Pfändungsfreigrenzen soll darüber hinaus der Schuldner in seiner Motivation gestärkt werden, aus eigener Kraft seinen Lebensunterhalt zu verdienen und seine Verschuldung zu überwinden. Das bedeutet, dass dem Schuldner über das Existenzminimum und über den durchschnittlichen Bedarf nach dem Bundessozialhilfegesetz hinaus ein gewisser Selbstbehalt verbleiben muss, um die Sinnhaftigkeit der Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit gegenüber der Sozialhilfe auch wirtschaftlich noch erkennbar sein zu lassen. Nur solange eine reguläre Erwerbstätigkeit auch im Niedriglohnbereich sich für den Pfändungsschuldner noch lohnt, kann mittel- und langfristig eine Benachteiligung der Gläubigerseite ebenso wie eine systemwidrige mittelbare Inanspruchnahme der Allgemeinheit ausgeschlossen werden.

2. Die geltenden Pfändungsfreigrenzen entsprechen derzeit nicht mehr Artikel 1 Abs. 1 GG i. V. m. dem Sozialstaatsprinzip (Artikel 20 GG), soweit diese Freigrenzen grundsätzlich auch die Pfändung von Teilen des Einkommens des Schuldners vorsehen, die dieser zur Schaffung der Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein benötigt. Das Sozialstaatsprinzip umfasst nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes nicht nur die Verpflichtung, dem Einzelnen notfalls auch die zur Schaffung der Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen, sondern auch das Gebot, „dem Bürger das selbsterzielte Einkommen bis zu diesem Betrag – der im folgenden als Existenzminimum bezeichnet wird – nicht (zu) entziehen“ (BVerfGE 82, 60, 85). Dieser für die Durchsetzung fiskalischer Interessen des Staates ausgesprochene Grundsatz gilt auch im Rahmen der zivilrechtlichen Zwangsvollstreckung, obwohl insoweit typischerweise auch die Belange des Gläubigers mit zu berücksichtigen sind. Denn auch für das Gläubiger-Schuldner-Verhältnis muss gelten, dass der Staat seinen Zwangsapparat grundsätzlich nicht zur Verfügung stellen kann, um einem Einzelnen den Teil des Einkommens zu entziehen, der zur Sicherung des Existenzminimums erforderlich ist.

Die Festsetzung der Pfändungsfreigrenzen ist demgemäß immer auch eine Regelung zur Sicherung des Existenzminimums, wie es im Staat-Bürger-Verhältnis nach Maßgabe der Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes

gesichert ist. Die Entwicklung der Regelbedarfsbeträge nach dem Bundessozialhilfegesetz ist daher ein wichtiger Orientierungspunkt bei Neufestsetzung der Pfändungsfreigrenzen. Diese Grenzen können jedoch – ungeachtet des erforderlichen Selbstbehalts des Schuldners – nicht identisch mit der Höhe der Sozialhilfeleistungen sein, die als Hilfe zum Lebensunterhalt im Sinne des Abschnitts 2 des Bundessozialhilfegesetzes (vgl. §§ 11 ff.) tatsächlich gewährt werden. Wegen der Einzelfallbezogenheit der Sozialhilfeleistungen sind bei deren Bedarfsermittlungen regional unterschiedlich ausgeprägte Bedürfnisse ebenso zu berücksichtigen wie besondere Elemente der Familienstruktur (Wohnbedarf, Lebensalter der Unterhaltsberechtigten, spezielle Höhe der Regelsätze im konkreten Bundesland, Stadt-Land-Gefälle, örtliche Praxis der Sozialbehörden hinsichtlich der Berücksichtigung von Zuschlägen oder der Gewährung von Sachhilfen).

Die im Bereich der Sozialhilfe sinnvolle Berücksichtigung spezieller Details kann für die Feststellung des Existenzminimums im Rahmen der Pfändungsfreigrenzen nicht gelten, weil eine entsprechend genaue Staffelung das Regelwerk der Pfändungsfreigrenzen unüberschaubar werden ließe. Weder eine regionale Staffelung noch eine Staffelung nach personenbezogenen Elementen würde der Notwendigkeit gerecht, praktikable bundeseinheitliche Freigrenzen zu erhalten. Die Beibehaltung pauschalierter bundeseinheitlicher Pfändungsfreigrenzen ist vielmehr aus Gründen der überregionalen Vollstreckung zwingend geboten; andernfalls würde die Durchsetzung der Gläubigerrechte unzumutbar erschwert, was zugleich der öffentlich-rechtlichen Verpflichtung des Staates, unter gesetzlichen Voraussetzungen die Zwangsvollstreckungsmöglichkeiten des Gläubigers zu gewährleisten, widersprechen würde. Um jedoch eine durch die Pfändung von Arbeitseinkommen eintretende Sozialhilfebedürftigkeit bei den Schuldnern zu vermeiden, ist bei der Anpassung der Pfändungsfreibeträge auch auf die Deckung des durchschnittlichen sozialhilferechtlichen Bedarfs Rücksicht zu nehmen.

3. Die Pfändungsfreibeträge sind zuletzt durch das 6. Gesetz zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen vom 1. April 1992 mit Wirkung vom 1. Juli 1992 (BGBl. I S. 745) erhöht worden. Nach den Feststellungen des Statistischen Bundesamtes belief sich der Preisindex für die Lebenshaltung der Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen (1995 = 100) auf der Basis für das 6. Änderungsgesetz im Januar 1991 auf 86,9 und im September 2000 auf 107,0. Der Index ist somit von Januar 1991 bis August 2000 um 20,1 Punkte = 23,13 % gestiegen. Dieser Wert bezieht sich erstmalig auf das gesamte Bundesgebiet; er schließt demgemäß rechnerisch auch schon den im Vergleich zu den westlichen Bundesländern deutlich flacheren Anstieg in Ostdeutschland mit ein.

Der durchschnittliche Regelsatz nach § 22 Bundessozialhilfegesetz – am Beispiel eines Alleinstehenden – ist

von 448 DM seit dem Stand Dezember 1990, dem letzten Stand vor Inkrafttreten des 6. Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen, auf 549 DM (altes Bundesgebiet) bzw. 530 DM (neue Länder einschließlich Berlin-Ost) – Stand 1. Juli 2000 – angehoben worden. Diese Steigerung beträgt rund 21 %. Dabei bleibt die aus finanzpolitischen Gründen Anfang der 90er Jahre vorgenommene Deckelung der Sozialhilferegelsätze zu berücksichtigen, in deren Konsequenz die Entwicklung der Regelsätze nicht mehr die Entwicklung der Lebenshaltungskosten abbildet.

Die Steigerung beim durchschnittlichen (Gesamt)Bedarf im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt beträgt im gleichen Zeitraum bis zu 19,48 %. Wurde mit Stand 1990 für einen Alleinstehenden die durchschnittliche Bedarfsschwelle der Hilfebedürftigkeit gemäß Abschnitt 2 des Bundessozialhilfegesetzes (§§ 11 ff.) bei 1 053 bzw. 973 DM errechnet, so wird dieser Bedarf mit Stand 1. Juli 2000 mit 1 202 DM angegeben. Die vorhandene Deckungslücke belastet in besonderem Maße die Schuldner, die ein geringes Arbeitseinkommen beziehen. Ihnen verbleiben im Falle der Vollstreckung in ihr Arbeitseinkommen nach den Pfändungsfreigrenzen des geltenden Rechts nicht genügend Mittel, um den Lebensunterhalt für sich und die Personen zu bestreiten, denen gegenüber sie unterhaltspflichtig sind. Mögliche Folge ist die Inanspruchnahme der Sozialhilfeträger.

Bei der erforderlichen Anhebung der Pfändungsfreigrenzen ist insoweit besonders auch der seit der letzten Anhebung eingetretene Anstieg der Mieten zu berücksichtigen. Allein in der Zeit von 1992 bis 1998 ist hier (für die alten Bundesländer) eine Steigerung von ca. 25 % zu verzeichnen (vgl. Wohngeld- und Mietenbericht der Bundesregierung für 1999, Bundestagsdrucksache 14/3070, S. 20).

Die seit 1992 geltenden Pfändungsfreigrenzen nach § 850c liegen teilweise deutlich unter der Einkommensgrenze, von der ab nach dem Bundessozialhilfegesetz Hilfe zum Lebensunterhalt zu leisten wäre (Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung – Stand 1. Juli 2000 – zur Höhe der Pfändungsfreigrenzen, die einen Eintritt der Hilfsbedürftigkeit in Durchschnittsfällen im Sinne der Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes über die Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt ausschließen würden). Der errechnete Anpassungsbedarf beträgt danach für die alten Bundesländer bei einem Alleinlebenden 297 DM im Monat (= 24,57 %), bei einem Unterhaltsberechtigten bis zu 524 DM im Monat (= 31,21 %), bei zwei Unterhaltsberechtigten 467 DM im Monat (= 22,90 %) und bei drei Unterhaltsberechtigten 335 DM im Monat (= 14,8 %). Für die neuen Bundesländer ergibt sich nach wie vor ein geringerer Anpassungsbedarf, der auf das insgesamt geringere Mietpreinsniveau in den neuen Bundesländern zurückzuführen ist. Für die neuen Länder und Berlin-Ost besteht demnach bei einem Alleinlebenden ein Anpassungsbedarf von 151 DM im Monat (= 12,48 %), bei einem Unterhaltsberechtigten bis zu 348 DM im Monat (= 20,75 %), bei zwei Unterhaltsberechtigten 269 DM im Monat (= 13,26 %) und bei drei Unterhaltsberechtigten 218 DM im Monat (= 9,16 %).

Um das Ziel zu erreichen, den arbeitenden Schuldner im Regelfall besser zu stellen als den Empfänger von Sozialhilfe, muss der Sozialhilfebedarf als unterer Maßstab genommen werden. Berücksichtigt man den Regelsatz von 550 DM, eine Kaltmiete von 580 DM, Heizkosten von 90 DM, einen Pauschansatz von 20 % für die Gewährung einmaliger Beihilfen, eine Pauschale für Fahrtkosten zur Arbeit von 100 DM sowie den nach § 76 Abs. 2a BSHG einem erwerbstätigen Hilfeempfänger zustehenden Zuschlag für Erwerbstätigkeit von 50 % des Regelsatzes, so ergibt dies für die Neufestsetzung der Pfändungsfreigrenzen einen Bedarf in Höhe von 1 705 DM. Der Selbstbehalt, der dem erwerbstätigen Schuldner gegenüber dem Hilfeempfänger verbleibt, fällt damit bereits gering aus. In den Großstädten dürfte er aufgrund der höheren Mieten kaum vorhanden sein.

Die Pfändungsfreigrenzen müssen deshalb deutlich angehoben werden. Bei dieser Anhebung sind über das aktuell geltende Sozialhilfeniveau hinaus die absehbare Steigerung des durchschnittlichen Bedarfs nach dem Bundessozialhilfegesetz, der Mietkosten für eine angemessene Wohnung und damit des Bedarfs zur Deckung des Existenzminimums zu berücksichtigen. Um für die Zukunft bis zum erstmaligen Greifen der Dynamisierung soziale Gerechtigkeit im Bereich der Pfändungsfreigrenzen zu bewirken, reicht allein die Deckung des Nachholbedarfs nicht aus. Eine dauerhafte Entlastung der Sozialhilfeträger und ein längerfristiger Schutz der Gläubigerinteressen sind nur zu realisieren, wenn einerseits die Pfändungsfreigrenzen nicht alsbald erneut unter das Existenzminimum des Schuldners absinken, wenn andererseits aber auch dauerhaft ein moderater Selbstbehalt für den Schuldner sichergestellt ist. Dieser Selbstbehalt ist so zu bemessen, dass er auch in den unteren Lohngruppen noch einen Anreiz zu bieten vermag, auch im Fall der Pfändung des Arbeitseinkommens einer geregelten Erwerbstätigkeit weiterhin nachzugehen. Ein Selbstbehalt von, wie nun vorgesehen, im Bundesdurchschnitt bis zu ca. 250 DM im Monat, d. h. von weniger als 10 DM pro Tag, erscheint hier angemessen, aber auch erforderlich. Ein solches Abstandsgebot ist aus rechtssystematischen Gründen im Übrigen auch geboten angesichts der Regelung des § 850f Abs. 2, die einen erkennbaren Abstand zwischen den in § 850c vorgesehenen Beschränkungen und dem jedenfalls pfändungsfrei zu belassenden Existenzminimum bereits voraussetzt.

Unter Anrechnung eines in vorgenanntem Sinne angemessenen moderaten Selbsthalts liegt der Erhöhungsbetrag für den nicht unterhaltspflichtigen Schuldner 48,88 % über dem geltenden Freibetrag von 1 209 DM. Gegenüber den vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung – Stand 1. Juli 2000 – festgestellten notwendigen Pfändungsfreigrenzen ohne Eintritt von Hilfsbedürftigkeit in Durchschnittsfällen, bezogen auf einen Alleinlebenden, in Höhe von 1 506 DM ist dies eine Steigerung von 19,52 %. Gegenüber einem angenommenen tatsächlichen Bedarf in Höhe von 1 705 DM beläuft sich die Steigerung auf 5,57 %. Mit zunehmender Zahl von Unterhaltsberechtigten führen die vorgesehenen Anhebungen zu deutlich geringeren Steigerungsquoten, was jedoch durch die nunmehr deutlich erhöhten Kindergeldbeträge gerechtfertigt erscheint. Mit Inkrafttreten

der Euro-Tabelle zu § 850c zum 1. Januar 2002 wird die vorgesehene Steigerung durch nach oben hin gerundete Euro-Beträge geringfügig verstärkt.

Die Pfändungsgrenzen können jedoch ihren Zweck nur dann erfüllen, wenn der jeweils unpfändbare Betrag tatsächlich ausreicht, dem Schuldner und seiner Familie ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Mit der neu eingefügten Regelung des § 850c Abs. 2a ist deshalb die gesetzliche Verpflichtung zur periodischen Anpassung der Freibeträge nach § 850c Abs. 1 und 2 durch Bekanntmachung jeweils zum 1. Januar eines Jahres geschaffen worden. Der Gesetzgeber hat damit den für die Pfändungsschutzvorschriften der Zivilprozessordnung schon seit langem geäußerten Forderungen einer längeren Phase des Anpassungsstillstands vermeidenden Dynamisierung Rechnung getragen.

4. Weiterer legislativer Handlungsbedarf wird vom Gesetzgeber hinsichtlich folgender Punkte gesehen:
  - a) Überprüfung, inwieweit das Wohngeld in den Katalog der unpfändbaren Sozialleistungen in § 54 Abs. 3 SGB I aufgenommen werden soll, um dem sozialen Sicherungszweck dieser Sozialleistung auch im Rahmen der Zwangsvollstreckung Geltung zu verschaffen.
  - b) Überprüfung, wie sich die existenzgefährdenden Dauerwirkungen von Kontenpfändungen verhindern, die Belastung der Vollstreckungsgerichte durch Kontenpfändungs-Schutzanträge gemäß § 850k ZPO reduzieren und der Bearbeitungsaufwand für die Banken als Drittschuldner vermindern lassen.
  - c) Überprüfung, ob Vollstreckungsgerichte das Recht erhalten sollen, die in § 732 Abs. 2 ZPO bezeichneten einstweiligen Anordnungen auch im Verfahren nach § 850f ZPO (Änderung des unpfändbaren Betrages) zu erlassen. So könnten existenzielle Notlagen schon vor der endgültigen Entscheidung vorläufig abgefedert und ergänzende Sozialhilfeleistungen vermieden werden.
  - d) Überprüfung, ob sich eine gesetzliche Klarstellung in § 400 BGB empfiehlt, derzufolge die Pfändungs-(Schutz-)Vorschriften der §§ 850 ff. ZPO auch auf Abtretungen anzuwenden sind, und welcher Verfahrensweg sich dafür (insbesondere im Rahmen der InSO-Wohlverhaltensphase) anbietet.
  - e) Überprüfung, inwieweit ein gesonderter Pfändungsschutz für Kapitallebensversicherungen und private Rentenversicherungen geboten ist, um in Ermangelung eines gesetzlichen Rentenanspruchs – insbesondere bei (ehemals) Selbständigen – eine angemessene Alterssicherung zu gewährleisten und Sozialhilfebedürftigkeit im Alter zu verhindern.

Entsprechende Regelungen mussten jedoch im Rahmen dieses Gesetzgebungsvorhabens noch zurückgestellt werden, weil die insoweit anstehenden Änderungserfordernisse außerordentlich komplex sind; Belange des Schuldnerschutzes und Belange der Drittschuldner sind mit dem berechtigten Gläubigerinteresse an einer zügigen Forderungsrealisierung in Einklang zu bringen. Angesichts des daraus resultierenden hohen Abstimmungs-

bedarfs bleibt die erforderliche Neuregelung der weiteren Gesetzgebung vorbehalten.

5. Kosten entstehen für Bund und Gemeinden nicht. Eventuelle Ausfälle der Vollstreckungsbehörden der öffentlichen Hand müssen hingenommen werden. Eine dauerhafte Entlastung der Sozialhilfeträger wird erwartet. Durch Einschränkung der bestehenden Pfändungsrahmen sind für die betroffene Wirtschaft kurzfristig höhere betriebliche Belastungen durch Ausfälle nicht auszuschließen. Möglicherweise werden – je nach Wettbewerbslage – diese Ausfälle Grund für Preiserhöhungen sein. Deren Umfang lässt sich im Vorhinein nicht quantifizieren, er dürfte im Wesentlichen aber auf Einzelfälle beschränkt bleiben. Denn die Erhöhungen der Pfändungsfreigrenzen orientieren sich am tatsächlichen Anpassungsbedarf und überschreiten diesen nur in sachangemessenem moderatem Maße. Messbare Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, werden daher nicht erwartet.

## B. Zu den einzelnen Vorschriften

### Zu Artikel 1

#### Zu Nummer 1

Nach § 850a Nr. 4 sind Weihnachtsvergütungen bis zum Betrag der Hälfte des monatlichen Arbeitseinkommens, höchstens aber bis zum Betrag von 540 DM, unpfändbar. Dieser Betrag hatte sich ergeben, nachdem bei den früheren Anhebungen der Pfändungsfreigrenzen die Pfändungsfreiheit des Weihnachtsgeldes sich regelmäßig dem Anstieg der Lebenshaltungskosten entsprechend entwickelt hatte. Damit hat sich diese Einzelregelung aus dem Katalog der unpfändbaren Bezüge von ihrem ursprünglichen Zweck zunehmend und nachhaltig entfernt: Während im Zeitpunkt der Erstkodifizierung im Jahr 1952 der monatliche unpfändbare Betrag bei 169 DM lag, die Grenze für das Weihnachtsgeld aber bei 195 DM, also bei 114,2 % des monatlichen unpfändbaren Betrages, dieser damit also deutlich niedriger lag als die Pfändbarkeitsgrenze des § 850a Nr. 4, liegt der Höchstbetrag nach § 850a Nr. 4 heute deutlich niedriger als die Hälfte des monatlichen unpfändbaren Betrages.

Diese Entwicklung, die sich über Jahre hinweg zu Gunsten der Gläubiger ergeben hat, ist im Interesse einer sachgerechten, sozialadäquaten Berücksichtigung der Schuldnerinteressen zu korrigieren.

Der unpfändbare Betrag nach § 850a Nr. 4 soll demgemäß überproportional auf 980 DM angehoben werden. Mit dieser Steigerung um 81,5 Prozent ist der monatliche unpfändbare Betrag von 1 800 DM zwar noch nicht annähernd erreicht. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die Zahlung eines vollen Monateinkommens als Weihnachtsgeld zurzeit zwar ganz überwiegend die Regel ist, diese jedoch – da abhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – nicht auf Dauer als gesichert gelten darf. Mit der jetzigen erheblichen Anhebung des pfändungsfreien Weihnachtsgeldes soll dem Schuldner verstärkt wieder ermöglicht werden, was auch der Ausgangsgedanke des Gesetzgebers war: Dass das pfändungsfreie Weihnachtsgeld nicht nur dazu dient, ein bescheidenes Weihnachtsfest zu feiern, sondern praktisch

dringend benötigt wird, um einmalige unumgängliche größere Ausgaben zu tätigen, die aus dem monatlich Unpfändbaren nicht bestritten werden können.

Der neue Betrag von 980 DM ermöglicht eine glatte Umrechnung auf 500 Euro zum 1. Januar 2000.

### Zu Nummer 2

Nach § 850b Abs. 1 Nr. 4 sind unpfändbar die Ansprüche aus Lebensversicherungen, die nur auf den Todesfall des Versicherungsnehmers abgeschlossen sind, wenn die Versicherungssumme 4 140 DM nicht übersteigt. Auch hier erfolgt eine Anpassung des Betrages deutlich über den seit Dezember 1990 zu verzeichnenden Anstieg der Lebenshaltungskosten hinaus. Der Höchstbetrag soll um 69,1 % auf 7 000 DM angehoben werden, um damit dem ursprünglichen Zweck der Regelung, d. i. Pfändungsfreiheit der Bestattungskosten und Begünstigung der typischen Sterbefallversicherungen (vgl. Bundestagsdrucksache 8/693, S. 47), wieder gerecht werden zu können. Sterbefallversicherungen über 3 000 bis 4 000 DM werden heute kaum mehr abgeschlossen. Aufgrund § 59 SGB V wird heute ein geringes Sterbegeld von 2 100 DM bzw. 1 050 DM gezahlt, im Übrigen sind die Betroffenen auf den Abschluss privater Verträge angewiesen. Der für eine angemessene Bestattung aufzubringende Betrag liegt derzeit bei mindestens 7 000 bis 8 000 DM.

Die soziale Komponente des Schuldnerschutzes verlangt, dem Schuldner jedenfalls den Betrag pfändungsfrei zu belassen, der für ein schlichtes Begräbnis mindestens aufzubringen ist. Eine Anpassung des der Absicherung der Beerdigungskosten geltenden Pfändungsschutzes auf das nach den heutigen wirtschaftlichen Gegebenheiten gebotene Mindestmaß erscheint daher unausweichlich.

### Zu Nummer 3

Eine Erhöhung der bisherigen Beträge des § 850c erfolgte beim Alleinlebenden um rund 48,88 % von einem Pfändungsfreibetrag von 1 209 DM auf 1 800 DM monatlich. Auf die diesbezügliche Begründung auf Seite 9 f. wird verwiesen. Bei der Berücksichtigung von einem Unterhaltsberechtigten wurde mit einer Anhebung des zusätzlich zu berücksichtigenden pfändungsfreien Betrages von 468 DM auf 680 DM monatlich der nach dem Bundessozialhilfegesetz ermittelte Bedarf geringfügig überschritten. Die Zuschläge für die übrigen zu berücksichtigenden Unterhaltsberechtigten wurden von 351 DM um rund 8,26 % auf 380 DM in der Eingangsstufe angehoben. Eine weitere Erhöhung der diesen Stufen zugrunde zu legenden Pfändungsfreigrenzen ergibt sich aus der Progression der Tabelle, die dazu führt, dass insbesondere die Pfändungsfreibeträge bei Berücksichtigung von vier bis fünf unterhaltsberechtigten Personen deutlich über dem nach dem Bundessozialhilfegesetz ermittelten Bedarf liegen. Dies ist jedoch unter Berücksichtigung von sozial- und familienpolitischen Erwägungen gerechtfertigt.

Die Höchstgrenzen des Absatzes 2 Satz 2 wurden – in Angleichung an die Anhebung der Eingangssätze nach § 850c Abs. 1 Satz 1 – um rund 46,9 % gegenüber der bisherigen Tabelle angehoben.

Der neugeschaffene Absatz 2a enthält die seit langem angestrebte Regelung zur Dynamisierung der Pfändungsfreibeträge. Mit den zwangsvollstreckungsrechtlichen Regelungen der Pfändungsfreigrenzen soll staatlicherseits sichergestellt werden, dass dem Schuldner auch im Fall der Vollstreckung in sein Arbeitseinkommen, „von seinem Erworbenen zumindest so viel verbleibt, wie er zur Bestreitung seines notwendigen Lebensunterhalts und – unter Berücksichtigung von Artikel 6 Abs. 1 GG – desjenigen seiner Familie bedarf (Existenzminimum)“ (vgl. BVerfGE 87, 153 f., 169). Dieser Rahmen, den der Gesetzgeber aus Gründen der auch im Gläubigerinteresse liegenden Erhaltung der Arbeits- und Leistungsbereitschaft des Schuldners durch die in § 850c Abs. 1 Satz 1 ZPO festgelegten Beträge um einen angemessenen Selbstbehalt ergänzt hat, soll mit der in Absatz 2a vorgesehenen Neuregelung dynamisiert werden. Der Vollstreckungsschuldner soll auf diese Weise davor geschützt werden, hinsichtlich des ihm verbleibenden Teils seines Arbeitseinkommens bis unter das Sozialhilfeniveau abzusinken.

Aufgrund der Neuregelung sind die Pfändungsfreibeträge nach Absatz 1 Satz 1 und 2 sowie nach Absatz 2 – beginnend mit dem 1. Januar 2003 – jeweils zum 1. Januar eines Jahres an die Entwicklung des sozialhilferechtlichen Mindestbedarfs anzupassen, so wie dieser in der Entwicklung des steuerlichen Grundfreibetrages seinen Ausdruck findet. Denn soweit der Gesetzgeber im Sozialhilferecht den Mindestbedarf bestimmt hat, den der Staat bei einem mittellosen Bürger im Rahmen sozialstaatlicher Fürsorge durch Staatsleistungen zu decken hat, darf das von der Einkommensteuer zu verschonende Existenzminimum diesen Betrag jedenfalls nicht unterschreiten (BVerfGE 87, 153, 170 f.). Aufgrund dieser Rechtsprechung ist der Gesetzgeber zu einer der Entwicklung des sozialhilferechtlichen Mindestbedarfs entsprechenden Anpassung des steuerlichen Grundfreibetrages verpflichtet. Demgemäß hat die Bundesregierung alle 2 Jahre einen Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Kindern und Familien vorzulegen (Beschluss des Deutschen Bundestages vom 2. Juni 1995, Bundestagsdrucksache 13/1558 vom 2. Juli 1995 und Amtliches Protokoll der 42. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Juni 1995). Gegenstand des Berichts ist die Darstellung der für die Bemessung der steuerfrei zu stellenden Existenzminima maßgebenden Beträge (vgl. zuletzt Bundestagsdrucksache 14/1926).

Die prozentuale Übertragung der Entwicklung des steuerlichen Grundfreibetrages auf die zwangsvollstreckungsrechtlichen Pfändungsfreigrenzen liegt aus rechtssystematischen Gründen nahe; sie bietet sich auch aus gesamtwirtschaftlichen Gründen an. Im Einkommensteuerrecht ebenso wie im Bereich der Pfändung von Arbeitseinkommen unterliegt der hoheitlich tätig werdende Staat den durch das verfassungsrechtliche Sozialstaatsprinzip vorgegebenen Grenzen, dem Einkommensbezieher von seinen Erwerbsbezügen zumindest das belassen zu müssen, was er dem Bedürftigen zur Befriedigung seines existenznotwendigen Bedarfs aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung stellt. Die Parameter, die vom Gesetzgeber des Einkommensteuergesetzes bei Festsetzung des Grundfreibetrages zu beachten sind, sind auch vom Gesetzgeber des § 850c ZPO zu berücksichtigen. Angesichts von Steigerungsraten zwischen 2,23 und 5,68 %, wie sie sich nach den insoweit auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu-

rückzuführenden Änderungen des Einkommensteuerrechts im Bereich der jährlichen Grundfreibeträge ergeben haben und wie sie für die kommenden Jahre schätzungsweise bereits festgelegt sind, ist davon auszugehen, dass die Übernahme der prozentualen Entwicklung des steuerlichen Grundfreibetrages auf die Pfändungsfreigrenzen des § 850c Abs. 1 Satz 1 ZPO auf Dauer zu einer wirtschaftlich angemessenen, der jährlichen Steigerung der bedarfsabhängigen Lebenshaltungskosten entsprechenden Fortschreibung der Pfändungsfreigrenzen führen wird. Dadurch, dass der in den Beträgen des § 850c Abs. 1 Satz 1 ZPO enthaltene notwendige Selbstbehalt des Schuldners in die Dynamisierung miteinbezogen ist, wird auch der durch die Beträge des Satzes 1 geschaffene Arbeits- und Leistungsanreiz zu Gunsten des Schuldners und im Interesse des Gläubigers langfristig abgesichert.

Die einfache rechnerische Feststellbarkeit der prozentualen Entwicklung des Grundfreibetrags nach § 32a Abs. 1 Ziffer 1 EStG schafft einen klaren, für jedermann unmittelbar nachvollziehbaren Anknüpfungspunkt für die Dynamisierung der Pfändungsfreigrenzen. Angesichts dieser Transparenz und Voraussehbarkeit bedarf es insoweit prozentual lediglich der Bekanntmachung der jährlich neu festzusetzenden Pfändungsfreigrenzen durch das Bundesministerium der Justiz im Bundesgesetzblatt. Davon unabhängig bleibt die jederzeitige Möglichkeit des Gesetzgebers, im Falle einer grundlegenden Veränderung des steuerlichen Grundfreibetrages im Bereich der Pfändungsfreigrenzen korrigierend einzugreifen.

#### **Zu Nummer 4**

Die Ergänzung in Absatz 1 Buchstabe a wurde erforderlich aufgrund der Verlagerung des Mehrbedarfszuschlags für Erwerbstätige von § 23 Abs. 4 BSHG a. F. nach § 76 Abs. 2a BSHG durch das 7. Gesetz zur Umsetzung des föderalen Konsolidierungsprogramms (FKPG) vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 951). Der frühere Zuschlag für Erwerbstätigkeit auf der Bedarfsseite wurde damit in einen Abzugsbetrag auf der Einkommenseite umgewandelt. Bei der Ermittlung des sozialhilferechtlichen Existenzminimums nach § 850f Abs. 1 ZPO muss dieser Betrag berechnungstechnisch weiterhin als Zuschlag gewährt werden, um zu verhindern, dass der erwerbstätige Schuldner sozialhilfebedürftig wird.

Die Antragsgrenze des § 850f Abs. 3 Satz 1 und 2 soll in Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung sowie jeweils in Anlehnung an die Steigerung der pfändungsfreien Grundbeträge von 3 744 DM monatlich auf 5 500 DM, von 864 DM wöchentlich auf 1 250 DM und von 172,80 DM täglich auf 240 DM angehoben werden. Diese Erhöhungen tragen der vorgesehenen Neufestsetzung der Gesamtfreibeträge entsprechend der Tabelle zu § 850c als Anlage zu diesem Gesetz Rechnung.

Die in Satz 3 enthaltene Neuregelung wurde erforderlich aufgrund der neu eingefügten Dynamisierungsregelung des § 850c Abs. 2a.

#### **Zu Nummer 5**

Im Zusammenhang mit der Zweiten Zwangsvollstreckungsnovelle wurde § 915 Abs. 2 neu eingefügt und der bisherige

Absatz 2 zum Absatz 3. Dabei wurde die dadurch notwendige Korrektur bei den Verweisen und Bezugnahmen übersehen. Dieses Versehen ist nunmehr im Wege der Gesetzesänderung zu beheben.

#### **Zu Nummer 6**

Die neue Tabelle zu § 850c, die als Anlage zur Zivilprozessordnung Gesetzesrang erhält, entspricht den zu Nummer 3 dargestellten Änderungen der Pfändungsfreigrenzen. Sie berücksichtigt zudem mit den neuen Wertstufen die Umrechenbarkeit in Euro-Werte und soll damit bereits jetzt die Umstellungsproblematik lösen.

#### **Zu Artikel 2**

Die Umrechnung der Beträge erfolgt grundsätzlich unter Zugrundelegung des Umrechnungskurses von 1 Euro = 1,95583 DM. In Einzelfällen werden geringfügige Rundungen vorgenommen, die der leichteren Handhabbarkeit der Vorschriften dienen oder es erfolgt eine Rundung durch Halbierung.

#### **Zu Nummer 1 und 7 bis 10**

Die Umrechnung in Euro erfolgt entsprechend der in der Zivilprozessordnung zur Anwendung gelangenden Regel der Rundung durch Halbierung.

#### **Zu Nummer 2**

Aus Gründen der Praktikabilität ist der Umrechnungsbetrag unwesentlich um 1,06 Euro nach unten gerundet worden.

#### **Zu Nummer 3**

Der Umrechnungsbetrag entspricht unter Rundung um 0,04 Euro nach unten dem offiziellen Umrechnungskurs.

#### **Zu Nummer 4 a bis c**

Hier erfolgt eine Umrechnung der neuen Tabellenwerte unter Zugrundelegung des Umrechnungskurses von 1 Euro = 1,95583 DM durch geringfügige Rundung nach oben. Damit wird den Bedürfnissen der Praxis ebenso Rechnung getragen wie der bis zum Inkrafttreten am 1. Januar 2002 zu erwartenden weiteren Steigerung der Lebenshaltungskosten. Da im Übrigen die vorgesehenen marginalen Rundungen nach oben sich haushaltstechnisch nicht nennenswert auswirken dürften, erscheinen sie sachlich gerechtfertigt.

#### **Zu Nummer 4 d**

Die Umrechnung in Euro erfolgt entsprechend der in der Zivilprozessordnung zur Anwendung gelangenden Regel der Rundung durch Halbierung.

#### **Zu Nummer 5 und 6**

Die Umrechnung erfolgt wiederum unter Zugrundelegung des Umrechnungskurses von 1 Euro = 1,95583 DM durch geringfügige Rundung nach oben.

**Zu Artikel 3****Zu Nummer 1 und 4 bis 7**

Mit Inkrafttreten der Insolvenzordnung am 1. Januar 1999 war die Schuldnerverzeichnisverordnung an die neue Rechtslage anzupassen. In den Vorschriften der Verordnung werden die Bezeichnungen „Konkurs“ durch die neue Bezeichnung „Insolvenz“ und der Verweis auf die bisherige Vorschrift des § 107 der Konkursordnung durch die neue Vorschrift des § 26 der Insolvenzordnung ersetzt. Der in den Nummern 4 bis 7 vorgesehene zusätzliche Hinweis auf § 26 der Insolvenzordnung macht deutlich, dass die hier zu beachtende Lösungsfrist von fünf Jahren ebenso wie die Lösungsfrist von drei Jahren gemäß § 915a Abs. 1 Satz 1 der Zivilprozessordnung gemäß § 15 Abs. 1 der Schuldnerverzeichnisverordnung von den Beziehern von Abdrucken und Listen sowie den Inhabern sonstiger Aufzeichnungen eigenverantwortlich durchzuführen ist. Der zusätzliche Hinweis auf die längere Lösungsfrist dient der Rechtssicherheit.

**Zu Nummer 3**

Es handelt sich um eine Anpassung des Wertes anlässlich der Euro-Umstellung, die entsprechend dem für §§ 888 Abs. 1 und 915h Abs. 1 Nr. 4 ZPO festgelegten Umrechnungsmodus folgt. Die Umrechnung des Betrages erfolgt im Sinne einer praxisgerechten Handhabbarkeit durch Halbierung.

**Zu Nummer 2, 4 und 5, 8 und 9**

Im Zusammenhang mit der Zweiten Zwangsvollstreckungsnovelle wurde § 915 Abs. 2 neu eingefügt und der bisherige Absatz 2 zum Absatz 3. Dabei wurde die dadurch notwendige Korrektur bei den Verweisen und Bezugnahmen übersehen. Dieses Versehen ist nunmehr im Wege der Gesetzesänderung zu beheben.

**Zu Artikel 4**

Artikel 4 enthält die erforderliche Übergangsregelung. Nach § 20 Absatz 1 Satz 1 EGZPO soll die Beschränkung der früheren Pfändungen ohne weiteres eintreten. Im Interesse der Rechtssicherheit soll nach Absatz 1 Satz 2 der neue Umfang der Pfändung jedoch auf Antrag von dem Vollstreckungsge-

richt ausgesprochen werden. Durch die in Absatz 1 Satz 3 vorgesehene Regelung soll der Drittschuldner geschützt werden.

Absatz 2 sieht eine dem Absatz 1 entsprechende Regelung für die Wirksamkeit rechtsgeschäftlicher Verfügungen aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Artikels 1 vor. Die vorgesehene Übergangsregelung entspricht prinzipiell der des Sechsten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen. Diese Regelung hat sich bewährt.

**Zu Artikel 5**

Mit der Umstellung auf Euro müssen auch alle Geldwertangaben in Deutscher Mark auf Euro-Angaben umgestellt werden.

**Zu Artikel 6**

Die Umrechnung des in § 33 Abs. 3 Satz 2 FGG vorgesehenen Zwangsgeldes korrespondiert mit dem Umrechnungsmodus für §§ 888 Abs. 1, 915h Abs. 1 Nr. 4 ZPO und § 8 Abs. 4 Satz 3 SchuVVO. Die Umrechnung erfolgt auch hier praxisgerecht durch Halbierung.

**Zu Artikel 7**

Durch diese Regelung soll eine spätere Änderung dieser Vorschriften durch Rechtsverordnung ermöglicht werden (Rückkehr zum Verordnungsrang).

**Zu Artikel 8**

In Absatz 1 empfiehlt sich als Zeitpunkt für die Einführung der neuen Pfändungsfreigrenzen der Beginn eines Kalendermonats. Ein angemessener zeitlicher Abstand zwischen der Verkündung des Gesetzes und dem Wirksamwerden der neuen Pfändungsfreigrenzen sollte die Umstellung auf ihre Anwendung erleichtern.

Absatz 2 orientiert sich mit seiner Regelung des Inkrafttretens an den Regelungen der Euro-Verordnung II (Verordnung (EG) Nr. 974/98 des Rates vom 31. Dezember 1998 über die Einführung des Euro). Am 1. Januar 2002 findet die Umstellung auf den Euro einschließlich seiner Untereinheit Cent statt.



Anlage 1 zu § 850c (DM-Tabelle)

DM-Netto-Lohn		Pfändbarer Betrag bei					
monatlich		Unterhaltspflicht für .... Personen					
		0	1	2	3	4	5 und mehr
2780,00	2799,99	686,00	150,00				
2800,00	2819,99	700,00	160,00				
2820,00	2839,99	714,00	170,00				
2840,00	2859,99	728,00	180,00				
2860,00	2879,99	742,00	190,00				
2880,00	2899,99	756,00	200,00	8,00			
2900,00	2919,99	770,00	210,00	16,00			
2920,00	2939,99	784,00	220,00	24,00			
2940,00	2959,99	798,00	230,00	32,00			
2960,00	2979,99	812,00	240,00	40,00			
2980,00	2999,99	826,00	250,00	48,00			
3000,00	3019,99	840,00	260,00	56,00			
3020,00	3039,99	854,00	270,00	64,00			
3040,00	3059,99	868,00	280,00	72,00			
3060,00	3079,99	882,00	290,00	80,00			
3080,00	3099,99	896,00	300,00	88,00			
3100,00	3119,99	910,00	310,00	96,00			
3120,00	3139,99	924,00	320,00	104,00			
3140,00	3159,99	938,00	330,00	112,00			
3160,00	3179,99	952,00	340,00	120,00			
3180,00	3199,99	966,00	350,00	128,00			
3200,00	3219,99	980,00	360,00	136,00			
3220,00	3239,99	994,00	370,00	144,00			
3240,00	3259,99	1008,00	380,00	152,00			
3260,00	3279,99	1022,00	390,00	160,00	6,00		
3280,00	3299,99	1036,00	400,00	168,00	12,00		
3300,00	3319,99	1050,00	410,00	176,00	18,00		
3320,00	3339,99	1064,00	420,00	184,00	24,00		
3340,00	3359,99	1078,00	430,00	192,00	30,00		
3360,00	3379,99	1092,00	440,00	200,00	36,00		
3380,00	3399,99	1106,00	450,00	208,00	42,00		
3400,00	3419,99	1120,00	460,00	216,00	48,00		
3420,00	3439,99	1134,00	470,00	224,00	54,00		
3440,00	3459,99	1148,00	480,00	232,00	60,00		
3460,00	3479,99	1162,00	490,00	240,00	66,00		
3480,00	3499,99	1176,00	500,00	248,00	72,00		
3500,00	3519,99	1190,00	510,00	256,00	78,00		
3520,00	3539,99	1204,00	520,00	264,00	84,00		
3540,00	3559,99	1218,00	530,00	272,00	90,00		
3560,00	3579,99	1232,00	540,00	280,00	96,00		
3580,00	3599,99	1246,00	550,00	288,00	102,00		
3600,00	3619,99	1260,00	560,00	296,00	108,00		
3620,00	3639,99	1274,00	570,00	304,00	114,00		
3640,00	3659,99	1288,00	580,00	312,00	120,00	4,00	
3660,00	3679,99	1302,00	590,00	320,00	126,00	8,00	
3680,00	3699,99	1316,00	600,00	328,00	132,00	12,00	
3700,00	3719,99	1330,00	610,00	336,00	138,00	16,00	
3720,00	3739,99	1344,00	620,00	344,00	144,00	20,00	

## Anlage 1 zu § 850c (DM-Tabelle)

DM-Netto-Lohn		Pfändbarer Betrag bei					
monatlich		Unterhaltspflicht für ..... Personen					
		0	1	2	3	4	5 und mehr
3740,00	3759,99	1358,00	630,00	352,00	150,00	24,00	
3760,00	3779,99	1372,00	640,00	360,00	156,00	28,00	
3780,00	3799,99	1386,00	650,00	368,00	162,00	32,00	
3800,00	3819,99	1400,00	660,00	376,00	168,00	36,00	
3820,00	3839,99	1414,00	670,00	384,00	174,00	40,00	
3840,00	3859,99	1428,00	680,00	392,00	180,00	44,00	
3860,00	3879,99	1442,00	690,00	400,00	186,00	48,00	
3880,00	3899,99	1456,00	700,00	408,00	192,00	52,00	
3900,00	3919,99	1470,00	710,00	416,00	198,00	56,00	
3920,00	3939,99	1484,00	720,00	424,00	204,00	60,00	
3940,00	3959,99	1498,00	730,00	432,00	210,00	64,00	
3960,00	3979,99	1512,00	740,00	440,00	216,00	68,00	
3980,00	3999,99	1526,00	750,00	448,00	222,00	72,00	
4000,00	4019,99	1540,00	760,00	456,00	228,00	76,00	
4020,00	4039,99	1554,00	770,00	464,00	234,00	80,00	2,00
4040,00	4059,99	1568,00	780,00	472,00	240,00	84,00	4,00
4060,00	4079,99	1582,00	790,00	480,00	246,00	88,00	6,00
4080,00	4099,99	1596,00	800,00	488,00	252,00	92,00	8,00
4100,00	4119,99	1610,00	810,00	496,00	258,00	96,00	10,00
4120,00	4139,99	1624,00	820,00	504,00	264,00	100,00	12,00
4140,00	4159,99	1638,00	830,00	512,00	270,00	104,00	14,00
4160,00	4179,99	1652,00	840,00	520,00	276,00	108,00	16,00
4180,00	4199,99	1666,00	850,00	528,00	282,00	112,00	18,00
4200,00	4219,99	1680,00	860,00	536,00	288,00	116,00	20,00
4220,00	4239,99	1694,00	870,00	544,00	294,00	120,00	22,00
4240,00	4259,99	1708,00	880,00	552,00	300,00	124,00	24,00
4260,00	4279,99	1722,00	890,00	560,00	306,00	128,00	26,00
4280,00	4299,99	1736,00	900,00	568,00	312,00	132,00	28,00
4300,00	4319,99	1750,00	910,00	576,00	318,00	136,00	30,00
4320,00	4339,99	1764,00	920,00	584,00	324,00	140,00	32,00
4340,00	4359,99	1778,00	930,00	592,00	330,00	144,00	34,00
4360,00	4379,99	1792,00	940,00	600,00	336,00	148,00	36,00
4380,00	4399,99	1806,00	950,00	608,00	342,00	152,00	38,00
4400,00	4419,99	1820,00	960,00	616,00	348,00	156,00	40,00
4420,00	4439,99	1834,00	970,00	624,00	354,00	160,00	42,00
4440,00	4459,99	1848,00	980,00	632,00	360,00	164,00	44,00
4460,00	4479,99	1862,00	990,00	640,00	366,00	168,00	46,00
4480,00	4499,99	1876,00	1000,00	648,00	372,00	172,00	48,00
4500,00	4519,99	1890,00	1010,00	656,00	378,00	176,00	50,00
4520,00	4539,99	1904,00	1020,00	664,00	384,00	180,00	52,00
4540,00	4559,99	1918,00	1030,00	672,00	390,00	184,00	54,00
4560,00	4579,99	1932,00	1040,00	680,00	396,00	188,00	56,00
4580,00	4599,99	1946,00	1050,00	688,00	402,00	192,00	58,00
4600,00	4619,99	1960,00	1060,00	696,00	408,00	196,00	60,00
4620,00	4639,99	1974,00	1070,00	704,00	414,00	200,00	62,00
4640,00	4659,99	1988,00	1080,00	712,00	420,00	204,00	64,00
4660,00	4679,99	2002,00	1090,00	720,00	426,00	208,00	66,00
4680,00	4699,99	2016,00	1100,00	728,00	432,00	212,00	68,00

Anlage 1 zu § 850c (DM-Tabelle)

DM-Netto-Lohn		Pfändbarer Betrag bei						
monatlich		Unterhaltungspflicht für .... Personen						
		0	1	2	3	4	5 und mehr	
4700,00	4719,99	2030,00	1110,00	736,00	438,00	216,00	70,00	
4720,00	4739,99	2044,00	1120,00	744,00	444,00	220,00	72,00	
4740,00	4759,99	2058,00	1130,00	752,00	450,00	224,00	74,00	
4760,00	4779,99	2072,00	1140,00	760,00	456,00	228,00	76,00	
4780,00	4799,99	2086,00	1150,00	768,00	462,00	232,00	78,00	
4800,00	4819,99	2100,00	1160,00	776,00	468,00	236,00	80,00	
4820,00	4839,99	2114,00	1170,00	784,00	474,00	240,00	82,00	
4840,00	4859,99	2128,00	1180,00	792,00	480,00	244,00	84,00	
4860,00	4879,99	2142,00	1190,00	800,00	486,00	248,00	86,00	
4880,00	4899,99	2156,00	1200,00	808,00	492,00	252,00	88,00	
4900,00	4919,99	2170,00	1210,00	816,00	498,00	256,00	90,00	
4920,00	4939,99	2184,00	1220,00	824,00	504,00	260,00	92,00	
4940,00	4959,99	2198,00	1230,00	832,00	510,00	264,00	94,00	
4960,00	4979,99	2212,00	1240,00	840,00	516,00	268,00	96,00	
4980,00	4999,99	2226,00	1250,00	848,00	522,00	272,00	98,00	
5000,00	5019,99	2240,00	1260,00	856,00	528,00	276,00	100,00	
5020,00	5039,99	2254,00	1270,00	864,00	534,00	280,00	102,00	
5040,00	5059,99	2268,00	1280,00	872,00	540,00	284,00	104,00	
5060,00	5079,99	2282,00	1290,00	880,00	546,00	288,00	106,00	
5080,00	5099,99	2296,00	1300,00	888,00	552,00	292,00	108,00	
5100,00	5119,99	2310,00	1310,00	896,00	558,00	296,00	110,00	
5120,00	5139,99	2324,00	1320,00	904,00	564,00	300,00	112,00	
5140,00	5159,99	2338,00	1330,00	912,00	570,00	304,00	114,00	
5160,00	5179,99	2352,00	1340,00	920,00	576,00	308,00	116,00	
5180,00	5199,99	2366,00	1350,00	928,00	582,00	312,00	118,00	
5200,00	5219,99	2380,00	1360,00	936,00	588,00	316,00	120,00	
5220,00	5239,99	2394,00	1370,00	944,00	594,00	320,00	122,00	
5240,00	5259,99	2408,00	1380,00	952,00	600,00	324,00	124,00	
5260,00	5279,99	2422,00	1390,00	960,00	606,00	328,00	126,00	
5280,00	5299,99	2436,00	1400,00	968,00	612,00	332,00	128,00	
5300,00	5319,99	2450,00	1410,00	976,00	618,00	336,00	130,00	
5320,00	5339,99	2464,00	1420,00	984,00	624,00	340,00	132,00	
5340,00	5359,99	2478,00	1430,00	992,00	630,00	344,00	134,00	
5360,00	5379,99	2492,00	1440,00	1000,00	636,00	348,00	136,00	
5380,00	5399,99	2506,00	1450,00	1008,00	642,00	352,00	138,00	
5400,00	5419,99	2520,00	1460,00	1016,00	648,00	356,00	140,00	
5420,00	5439,99	2534,00	1470,00	1024,00	654,00	360,00	142,00	
5440,00	5459,99	2548,00	1480,00	1032,00	660,00	364,00	144,00	
5460,00	5479,99	2562,00	1490,00	1040,00	666,00	368,00	146,00	
5480,00	5499,99	2576,00	1500,00	1048,00	672,00	372,00	148,00	
5500,00	5519,99	2590,00	1510,00	1056,00	678,00	376,00	150,00	
5520,00	5539,99	2604,00	1520,00	1064,00	684,00	380,00	152,00	
5540,00	5559,99	2618,00	1530,00	1072,00	690,00	384,00	154,00	
5560,00	5579,00	2632,00	1540,00	1080,00	696,00	388,00	156,00	
Der Mehrbetrag ab		5579,00	DM ist voll pfändbar					



## Anlage 1 zu § 850c (DM-Tabelle)

DM-Netto-Lohn		Pfändbarer Betrag bei					
wöchentlich		Unterhaltspflicht für ..... Personen					
		0	1	2	3	4	5 und mehr
665,00	669,99	171,50	43,98	0,08			
670,00	674,99	175,00	46,48	2,08			
675,00	679,99	178,50	48,98	4,08			
680,00	684,99	182,00	51,48	6,08			
685,00	689,99	185,50	53,98	8,08			
690,00	694,99	189,00	56,48	10,08			
695,00	699,99	192,50	58,98	12,08			
700,00	704,99	196,00	61,48	14,08			
705,00	709,99	199,50	63,98	16,08			
710,00	714,99	203,00	66,48	18,08			
715,00	719,99	206,50	68,98	20,08			
720,00	724,99	210,00	71,48	22,08			
725,00	729,99	213,50	73,98	24,08			
730,00	734,99	217,00	76,48	26,08			
735,00	739,99	220,50	78,98	28,08			
740,00	744,99	224,00	81,48	30,08			
745,00	749,99	227,50	83,98	32,08			
750,00	754,99	231,00	86,48	34,08			
755,00	759,99	234,50	88,98	36,08	0,73		
760,00	764,99	238,00	91,48	38,08	2,23		
765,00	769,99	241,50	93,98	40,08	3,73		
770,00	774,99	245,00	96,48	42,08	5,23		
775,00	779,99	248,50	98,98	44,08	6,73		
780,00	784,99	252,00	101,48	46,08	8,23		
785,00	789,99	255,50	103,98	48,08	9,73		
790,00	794,99	259,00	106,48	50,08	11,23		
795,00	799,99	262,50	108,98	52,08	12,73		
800,00	804,99	266,00	111,48	54,08	14,23		
805,00	809,99	269,50	113,98	56,08	15,73		
810,00	814,99	273,00	116,48	58,08	17,23		
815,00	819,99	276,50	118,98	60,08	18,73		
820,00	824,99	280,00	121,48	62,08	20,23		
825,00	829,99	283,50	123,98	64,08	21,73		
830,00	834,99	287,00	126,48	66,08	23,23		
835,00	839,99	290,50	128,98	68,08	24,73		
840,00	844,99	294,00	131,48	70,08	26,23		
845,00	849,99	297,50	133,98	72,08	27,73	0,94	
850,00	854,99	301,00	136,48	74,08	29,23	1,94	
855,00	859,99	304,50	138,98	76,08	30,73	2,94	
860,00	864,99	308,00	141,48	78,08	32,23	3,94	
865,00	869,99	311,50	143,98	80,08	33,73	4,94	
870,00	874,99	315,00	146,48	82,08	35,23	5,94	
875,00	879,99	318,50	148,98	84,08	36,73	6,94	
880,00	884,99	322,00	151,48	86,08	38,23	7,94	
885,00	889,99	325,50	153,98	88,08	39,73	8,94	
890,00	894,99	329,00	156,48	90,08	41,23	9,94	
895,00	899,99	332,50	158,98	92,08	42,73	10,94	
900,00	904,99	336,00	161,48	94,08	44,23	11,94	

## Anlage 1 zu § 850c (DM-Tabelle)

DM-Netto-Lohn		Pfändbarer Betrag bei					
wöchentlich		Unterhaltspflicht für .... Personen					
		0	1	2	3	4	5 und mehr
905,00	909,99	339,50	163,98	96,08	45,73	12,94	
910,00	914,99	343,00	166,48	98,08	47,23	13,94	
915,00	919,99	346,50	168,98	100,08	48,73	14,94	
920,00	924,99	350,00	171,48	102,08	50,23	15,94	
925,00	929,99	353,50	173,98	104,08	51,73	16,94	
930,00	934,99	357,00	176,48	106,08	53,23	17,94	0,19
935,00	939,99	360,50	178,98	108,08	54,73	18,94	0,69
940,00	944,99	364,00	181,48	110,08	56,23	19,94	1,19
945,00	949,99	367,50	183,98	112,08	57,73	20,94	1,69
950,00	954,99	371,00	186,48	114,08	59,23	21,94	2,19
955,00	959,99	374,50	188,98	116,08	60,73	22,94	2,69
960,00	964,99	378,00	191,48	118,08	62,23	23,94	3,19
965,00	969,99	381,50	193,98	120,08	63,73	24,94	3,69
970,00	974,99	385,00	196,48	122,08	65,23	25,94	4,19
975,00	979,99	388,50	198,98	124,08	66,73	26,94	4,69
980,00	984,99	392,00	201,48	126,08	68,23	27,94	5,19
985,00	989,99	395,50	203,98	128,08	69,73	28,94	5,69
990,00	994,99	399,00	206,48	130,08	71,23	29,94	6,19
995,00	999,99	402,50	208,98	132,08	72,73	30,94	6,69
1000,00	1004,99	406,00	211,48	134,08	74,23	31,94	7,19
1005,00	1009,99	409,50	213,98	136,08	75,73	32,94	7,69
1010,00	1014,99	413,00	216,48	138,08	77,23	33,94	8,19
1015,00	1019,99	416,50	218,98	140,08	78,73	34,94	8,69
1020,00	1024,99	420,00	221,48	142,08	80,23	35,94	9,19
1025,00	1029,99	423,50	223,98	144,08	81,73	36,94	9,69
1030,00	1034,99	427,00	226,48	146,08	83,23	37,94	10,19
1035,00	1039,99	430,50	228,98	148,08	84,73	38,94	10,69
1040,00	1044,99	434,00	231,48	150,08	86,23	39,94	11,19
1045,00	1049,99	437,50	233,98	152,08	87,73	40,94	11,69
1050,00	1054,99	441,00	236,48	154,08	89,23	41,94	12,19
1055,00	1059,99	444,50	238,98	156,08	90,73	42,94	12,69
1060,00	1064,99	448,00	241,48	158,08	92,23	43,94	13,19
1065,00	1069,99	451,50	243,98	160,08	93,73	44,94	13,69
1070,00	1074,99	455,00	246,48	162,08	95,23	45,94	14,19
1075,00	1079,99	458,50	248,98	164,08	96,73	46,94	14,69
1080,00	1084,99	462,00	251,48	166,08	98,23	47,94	15,19
1085,00	1089,99	465,50	253,98	168,08	99,73	48,94	15,69
1090,00	1094,99	469,00	256,48	170,08	101,23	49,94	16,19
1095,00	1099,99	472,50	258,98	172,08	102,73	50,94	16,69
1100,00	1104,99	476,00	261,48	174,08	104,23	51,94	17,19
1105,00	1109,99	479,50	263,98	176,08	105,73	52,94	17,69
1110,00	1114,99	483,00	266,48	178,08	107,23	53,94	18,19
1115,00	1119,99	486,50	268,98	180,08	108,73	54,94	18,69
1120,00	1124,99	490,00	271,48	182,08	110,23	55,94	19,19
1125,00	1129,99	493,50	273,98	184,08	111,73	56,94	19,69
1130,00	1134,99	497,00	276,48	186,08	113,23	57,94	20,19
1135,00	1139,99	500,50	278,98	188,08	114,73	58,94	20,69
1140,00	1144,99	504,00	281,48	190,08	116,23	59,94	21,19

Anlage 1 zu § 850c (DM-Tabelle)

DM-Netto-Lohn wöchentlich		Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ..... Personen					
		0	1	2	3	4	5 und mehr
1145,00	1149,99	507,50	283,98	192,08	117,73	60,94	21,69
1150,00	1154,99	511,00	286,48	194,08	119,23	61,94	22,19
1155,00	1159,99	514,50	288,98	196,08	120,73	62,94	22,69
1160,00	1164,99	518,00	291,48	198,08	122,23	63,94	23,19
1165,00	1169,99	521,50	293,98	200,08	123,73	64,94	23,69
1170,00	1174,99	525,00	296,48	202,08	125,23	65,94	24,19
1175,00	1179,99	528,50	298,98	204,08	126,73	66,94	24,69
1180,00	1184,99	532,00	301,48	206,08	128,23	67,94	25,19
1185,00	1189,99	535,50	303,98	208,08	129,73	68,94	25,69
1190,00	1194,99	539,00	306,48	210,08	131,23	69,94	26,19
1195,00	1199,99	542,50	308,98	212,08	132,73	70,94	26,69
1200,00	1204,99	546,00	311,48	214,08	134,23	71,94	27,19
1205,00	1209,99	549,50	313,98	216,08	135,73	72,94	27,69
1210,00	1214,99	553,00	316,48	218,08	137,23	73,94	28,19
1215,00	1219,99	556,50	318,98	220,08	138,73	74,94	28,69
1220,00	1224,99	560,00	321,48	222,08	140,23	75,94	29,19
1225,00	1229,99	563,50	323,98	224,08	141,73	76,94	29,69
1230,00	1234,99	567,00	326,48	226,08	143,23	77,94	30,19
1235,00	1239,99	570,50	328,98	228,08	144,73	78,94	30,69
1240,00	1244,99	574,00	331,48	230,08	146,23	79,94	31,19
1245,00	1249,99	577,50	333,98	232,08	147,73	80,94	31,69
1250,00	1254,99	581,00	336,48	234,08	149,23	81,94	32,19
1255,00	1259,99	584,50	338,98	236,08	150,73	82,94	32,69
1260,00	1264,99	588,00	341,48	238,08	152,23	83,94	33,19
1265,00	1269,99	591,50	343,98	240,08	153,73	84,94	33,69
1270,00	1274,99	595,00	346,48	242,08	155,23	85,94	34,19
1275,00	1279,99	598,50	348,98	244,08	156,73	86,94	34,69
1280,00	1284,99	602,00	351,48	246,08	158,23	87,94	35,19
1285,00	1287,30	605,50	353,98	248,08	159,73	88,94	35,69
Der Mehrbetrag ab	1287,30	DM ist voll pfändbar					



## Anlage 1 zu § 850c (DM-Tabelle)

DM-Netto-Lohn		Pfändbarer Betrag bei					
täglich		Unterhaltungspflicht für .... Personen					
		0	1	2	3	4	5 und mehr
133,00	133,99	34,30	8,81	0,03			
134,00	134,99	35,00	9,31	0,43			
135,00	135,99	35,70	9,81	0,83			
136,00	136,99	36,40	10,31	1,23			
137,00	137,99	37,10	10,81	1,63			
138,00	138,99	37,80	11,31	2,03			
139,00	139,99	38,50	11,81	2,43			
140,00	140,99	39,20	12,31	2,83			
141,00	141,99	39,90	12,81	3,23			
142,00	142,99	40,60	13,31	3,63			
143,00	143,99	41,30	13,81	4,03			
144,00	144,99	42,00	14,31	4,43			
145,00	145,99	42,70	14,81	4,83			
146,00	146,99	43,40	15,31	5,23			
147,00	147,99	44,10	15,81	5,63			
148,00	148,99	44,80	16,31	6,03			
149,00	149,99	45,50	16,81	6,43			
150,00	150,99	46,20	17,31	6,83			
151,00	151,99	46,90	17,81	7,23	0,16		
152,00	152,99	47,60	18,31	7,63	0,46		
153,00	153,99	48,30	18,81	8,03	0,76		
154,00	154,99	49,00	19,31	8,43	1,06		
155,00	155,99	49,70	19,81	8,83	1,36		
156,00	156,99	50,40	20,31	9,23	1,66		
157,00	157,99	51,10	20,81	9,63	1,96		
158,00	158,99	51,80	21,31	10,03	2,26		
159,00	159,99	52,50	21,81	10,43	2,56		
160,00	160,99	53,20	22,31	10,83	2,86		
161,00	161,99	53,90	22,81	11,23	3,16		
162,00	162,99	54,60	23,31	11,63	3,46		
163,00	163,99	55,30	23,81	12,03	3,76		
164,00	164,99	56,00	24,31	12,43	4,06		
165,00	165,99	56,70	24,81	12,83	4,36		
166,00	166,99	57,40	25,31	13,23	4,66		
167,00	167,99	58,10	25,81	13,63	4,96		
168,00	168,99	58,80	26,31	14,03	5,26		
169,00	169,99	59,50	26,81	14,43	5,56	0,20	
170,00	170,99	60,20	27,31	14,83	5,86	0,40	
171,00	171,99	60,90	27,81	15,23	6,16	0,60	
172,00	172,99	61,60	28,31	15,63	6,46	0,80	
173,00	173,99	62,30	28,81	16,03	6,76	1,00	
174,00	174,99	63,00	29,31	16,43	7,06	1,20	
175,00	175,99	63,70	29,81	16,83	7,36	1,40	
176,00	176,99	64,40	30,31	17,23	7,66	1,60	
177,00	177,99	65,10	30,81	17,63	7,96	1,80	
178,00	178,99	65,80	31,31	18,03	8,26	2,00	
179,00	179,99	66,50	31,81	18,43	8,56	2,20	
180,00	180,99	67,20	32,31	18,83	8,86	2,40	

## Anlage 1 zu § 850c (DM-Tabelle)

DM-Netto-Lohn		Pfändbarer Betrag bei					
täglich		Unterhaltspflicht für ..... Personen					
		0	1	2	3	4	5 und mehr
181,00	181,99	67,90	32,81	19,23	9,16	2,60	
182,00	182,99	68,60	33,31	19,63	9,46	2,80	
183,00	183,99	69,30	33,81	20,03	9,76	3,00	
184,00	184,99	70,00	34,31	20,43	10,06	3,20	
185,00	185,99	70,70	34,81	20,83	10,36	3,40	
186,00	186,99	71,40	35,31	21,23	10,66	3,60	0,04
187,00	187,99	72,10	35,81	21,63	10,96	3,80	0,14
188,00	188,99	72,80	36,31	22,03	11,26	4,00	0,24
189,00	189,99	73,50	36,81	22,43	11,56	4,20	0,34
190,00	190,99	74,20	37,31	22,83	11,86	4,40	0,44
191,00	191,99	74,90	37,81	23,23	12,16	4,60	0,54
192,00	192,99	75,60	38,31	23,63	12,46	4,80	0,64
193,00	193,99	76,30	38,81	24,03	12,76	5,00	0,74
194,00	194,99	77,00	39,31	24,43	13,06	5,20	0,84
195,00	195,99	77,70	39,81	24,83	13,36	5,40	0,94
196,00	196,99	78,40	40,31	25,23	13,66	5,60	1,05
197,00	197,99	79,10	40,81	25,63	13,96	5,80	1,15
198,00	198,99	79,80	41,31	26,03	14,26	6,00	1,25
199,00	199,99	80,50	41,81	26,43	14,56	6,20	1,35
200,00	200,99	81,20	42,31	26,83	14,86	6,40	1,45
201,00	201,99	81,90	42,81	27,23	15,16	6,60	1,55
202,00	202,99	82,60	43,31	27,63	15,46	6,80	1,65
203,00	203,99	83,30	43,81	28,03	15,76	7,00	1,75
204,00	204,99	84,00	44,31	28,43	16,06	7,20	1,85
205,00	205,99	84,70	44,81	28,83	16,36	7,40	1,95
206,00	206,99	85,40	45,31	29,23	16,66	7,60	2,05
207,00	207,99	86,10	45,81	29,63	16,96	7,80	2,15
208,00	208,99	86,80	46,31	30,03	17,26	8,00	2,25
209,00	209,99	87,50	46,81	30,43	17,56	8,20	2,35
210,00	210,99	88,20	47,31	30,83	17,86	8,40	2,45
211,00	211,99	88,90	47,81	31,23	18,16	8,60	2,55
212,00	212,99	89,60	48,31	31,63	18,46	8,80	2,65
213,00	213,99	90,30	48,81	32,03	18,76	9,00	2,75
214,00	214,99	91,00	49,31	32,43	19,06	9,20	2,85
215,00	215,99	91,70	49,81	32,83	19,36	9,40	2,95
216,00	216,99	92,40	50,31	33,23	19,66	9,60	3,05
217,00	217,99	93,10	50,81	33,63	19,96	9,80	3,15
218,00	218,99	93,80	51,31	34,03	20,26	10,00	3,25
219,00	219,99	94,50	51,81	34,43	20,56	10,20	3,35
220,00	220,99	95,20	52,31	34,83	20,86	10,40	3,45
221,00	221,99	95,90	52,81	35,23	21,16	10,60	3,55
222,00	222,99	96,60	53,31	35,63	21,46	10,80	3,65
223,00	223,99	97,30	53,81	36,03	21,76	11,00	3,75
224,00	224,99	98,00	54,31	36,43	22,06	11,20	3,85
225,00	225,99	98,70	54,81	36,83	22,36	11,40	3,95
226,00	226,99	99,40	55,31	37,23	22,66	11,60	4,04
227,00	227,99	100,10	55,81	37,63	22,96	11,80	4,15
228,00	228,99	100,80	56,31	38,03	23,26	12,00	4,25

Anlage 1 zu § 850c (DM-Tabelle)

DM-Netto-Lohn täglich		Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ..... Personen						
		0	1	2	3	4	5 und mehr	
229,00	229,99	101,50	56,81	38,43	23,56	12,20	4,35	
230,00	230,99	102,20	57,31	38,83	23,86	12,40	4,45	
231,00	231,99	102,90	57,81	39,23	24,16	12,60	4,54	
232,00	232,99	103,60	58,31	39,63	24,46	12,80	4,65	
233,00	233,99	104,30	58,81	40,03	24,76	13,00	4,75	
234,00	234,99	105,00	59,31	40,43	25,06	13,20	4,85	
235,00	235,99	105,70	59,81	40,83	25,36	13,40	4,95	
236,00	236,99	106,40	60,31	41,23	25,66	13,60	5,04	
237,00	237,99	107,10	60,81	41,63	25,96	13,80	5,15	
238,00	238,99	107,80	61,31	42,03	26,26	14,00	5,25	
239,00	239,99	108,50	61,81	42,43	26,56	14,20	5,35	
240,00	240,99	109,20	62,31	42,83	26,86	14,40	5,45	
241,00	241,99	109,90	62,81	43,23	27,16	14,60	5,54	
242,00	242,99	110,60	63,31	43,63	27,46	14,80	5,65	
243,00	243,99	111,30	63,81	44,03	27,76	15,00	5,75	
244,00	244,99	112,00	64,31	44,43	28,06	15,20	5,85	
245,00	245,99	112,70	64,81	44,83	28,36	15,40	5,95	
246,00	246,99	113,40	65,31	45,23	28,66	15,60	6,04	
247,00	247,99	114,10	65,81	45,63	28,96	15,80	6,15	
248,00	248,99	114,80	66,31	46,03	29,26	16,00	6,25	
249,00	249,99	115,50	66,81	46,43	29,56	16,20	6,35	
250,00	250,99	116,20	67,31	46,83	29,86	16,40	6,45	
251,00	251,99	116,90	67,81	47,23	30,16	16,60	6,54	
252,00	252,99	117,60	68,31	47,63	30,46	16,80	6,65	
253,00	253,99	118,30	68,81	48,03	30,76	17,00	6,75	
254,00	254,99	119,00	69,31	48,43	31,06	17,20	6,85	
255,00	255,99	119,70	69,81	48,83	31,36	17,40	6,95	
256,00	256,99	120,40	70,31	49,23	31,66	17,60	7,04	
257,00	257,34	121,10	70,81	49,63	31,96	17,80	7,15	
Der Mehrbetrag ab		257,34	DM ist voll pfändbar					





## Anlage 2 zu § 850c (EURO-Tabelle)

EURO-Netto-Lohn		Pfändbarer Betrag bei					
monatlich		Unterhaltspflicht für ..... Personen					
		0	1	2	3	4	5 und mehr.
1890,00	1899,99	672,00	305,00	166,00	66,00	5,00	
1900,00	1909,99	679,00	310,00	170,00	69,00	7,00	
1910,00	1919,99	686,00	315,00	174,00	72,00	9,00	
1920,00	1929,99	693,00	320,00	178,00	75,00	11,00	
1930,00	1939,99	700,00	325,00	182,00	78,00	13,00	
1940,00	1949,99	707,00	330,00	186,00	81,00	15,00	
1950,00	1959,99	714,00	335,00	190,00	84,00	17,00	
1960,00	1969,99	721,00	340,00	194,00	87,00	19,00	
1970,00	1979,99	728,00	345,00	198,00	90,00	21,00	
1980,00	1989,99	735,00	350,00	202,00	93,00	23,00	
1990,00	1999,99	742,00	355,00	206,00	96,00	25,00	
2000,00	2009,99	749,00	360,00	210,00	99,00	27,00	
2010,00	2019,99	756,00	365,00	214,00	102,00	29,00	
2020,00	2029,99	763,00	370,00	218,00	105,00	31,00	
2030,00	2039,99	770,00	375,00	222,00	108,00	33,00	
2040,00	2049,99	777,00	380,00	226,00	111,00	35,00	
2050,00	2059,99	784,00	385,00	230,00	114,00	37,00	
2060,00	2069,99	791,00	390,00	234,00	117,00	39,00	
2070,00	2079,99	798,00	395,00	238,00	120,00	41,00	1,00
2080,00	2089,99	805,00	400,00	242,00	123,00	43,00	2,00
2090,00	2099,99	812,00	405,00	246,00	126,00	45,00	3,00
2100,00	2109,99	819,00	410,00	250,00	129,00	47,00	4,00
2110,00	2119,99	826,00	415,00	254,00	132,00	49,00	5,00
2120,00	2129,99	833,00	420,00	258,00	135,00	51,00	6,00
2130,00	2139,99	840,00	425,00	262,00	138,00	53,00	7,00
2140,00	2149,99	847,00	430,00	266,00	141,00	55,00	8,00
2150,00	2159,99	854,00	435,00	270,00	144,00	57,00	9,00
2160,00	2169,99	861,00	440,00	274,00	147,00	59,00	10,00
2170,00	2179,99	868,00	445,00	278,00	150,00	61,00	11,00
2180,00	2189,99	875,00	450,00	282,00	153,00	63,00	12,00
2190,00	2199,99	882,00	455,00	286,00	156,00	65,00	13,00
2200,00	2209,99	889,00	460,00	290,00	159,00	67,00	14,00
2210,00	2219,99	896,00	465,00	294,00	162,00	69,00	15,00
2220,00	2229,99	903,00	470,00	298,00	165,00	71,00	16,00
2230,00	2239,99	910,00	475,00	302,00	168,00	73,00	17,00
2240,00	2249,99	917,00	480,00	306,00	171,00	75,00	18,00
2250,00	2259,99	924,00	485,00	310,00	174,00	77,00	19,00
2260,00	2269,99	931,00	490,00	314,00	177,00	79,00	20,00
2270,00	2279,99	938,00	495,00	318,00	180,00	81,00	21,00
2280,00	2289,99	945,00	500,00	322,00	183,00	83,00	22,00
2290,00	2299,99	952,00	505,00	326,00	186,00	85,00	23,00
2300,00	2309,99	959,00	510,00	330,00	189,00	87,00	24,00
2310,00	2319,99	966,00	515,00	334,00	192,00	89,00	25,00
2320,00	2329,99	973,00	520,00	338,00	195,00	91,00	26,00
2330,00	2339,99	980,00	525,00	342,00	198,00	93,00	27,00
2340,00	2349,99	987,00	530,00	346,00	201,00	95,00	28,00
2350,00	2359,99	994,00	535,00	350,00	204,00	97,00	29,00
2360,00	2369,99	1001,00	540,00	354,00	207,00	99,00	30,00

Anlage 2 zu § 850c (EURO-Tabelle)

EURO-Netto-Lohn		Pfändbarer Betrag bei					
monatlich		Unterhaltspflicht für ..... Personen					
		0	1	2	3	4	5 und mehr
2370,00	2379,99	1008,00	545,00	358,00	210,00	101,00	31,00
2380,00	2389,99	1015,00	550,00	362,00	213,00	103,00	32,00
2390,00	2399,99	1022,00	555,00	366,00	216,00	105,00	33,00
2400,00	2409,99	1029,00	560,00	370,00	219,00	107,00	34,00
2410,00	2419,99	1036,00	565,00	374,00	222,00	109,00	35,00
2420,00	2429,99	1043,00	570,00	378,00	225,00	111,00	36,00
2430,00	2439,99	1050,00	575,00	382,00	228,00	113,00	37,00
2440,00	2449,99	1057,00	580,00	386,00	231,00	115,00	38,00
2450,00	2459,99	1064,00	585,00	390,00	234,00	117,00	39,00
2460,00	2469,99	1071,00	590,00	394,00	237,00	119,00	40,00
2470,00	2479,99	1078,00	595,00	398,00	240,00	121,00	41,00
2480,00	2489,99	1085,00	600,00	402,00	243,00	123,00	42,00
2490,00	2499,99	1092,00	605,00	406,00	246,00	125,00	43,00
2500,00	2509,99	1099,00	610,00	410,00	249,00	127,00	44,00
2510,00	2519,99	1106,00	615,00	414,00	252,00	129,00	45,00
2520,00	2529,99	1113,00	620,00	418,00	255,00	131,00	46,00
2530,00	2539,99	1120,00	625,00	422,00	258,00	133,00	47,00
2540,00	2549,99	1127,00	630,00	426,00	261,00	135,00	48,00
2550,00	2559,99	1134,00	635,00	430,00	264,00	137,00	49,00
2560,00	2569,99	1141,00	640,00	434,00	267,00	139,00	50,00
2570,00	2579,99	1148,00	645,00	438,00	270,00	141,00	51,00
2580,00	2589,99	1155,00	650,00	442,00	273,00	143,00	52,00
2590,00	2599,99	1162,00	655,00	446,00	276,00	145,00	53,00
2600,00	2609,99	1169,00	660,00	450,00	279,00	147,00	54,00
2610,00	2619,99	1176,00	665,00	454,00	282,00	149,00	55,00
2620,00	2629,99	1183,00	670,00	458,00	285,00	151,00	56,00
2630,00	2639,99	1190,00	675,00	462,00	288,00	153,00	57,00
2640,00	2649,99	1197,00	680,00	466,00	291,00	155,00	58,00
2650,00	2659,99	1204,00	685,00	470,00	294,00	157,00	59,00
2660,00	2669,99	1211,00	690,00	474,00	297,00	159,00	60,00
2670,00	2679,99	1218,00	695,00	478,00	300,00	161,00	61,00
2680,00	2689,99	1225,00	700,00	482,00	303,00	163,00	62,00
2690,00	2699,99	1232,00	705,00	486,00	306,00	165,00	63,00
2700,00	2709,99	1239,00	710,00	490,00	309,00	167,00	64,00
2710,00	2719,99	1246,00	715,00	494,00	312,00	169,00	65,00
2720,00	2729,99	1253,00	720,00	498,00	315,00	171,00	66,00
2730,00	2739,99	1260,00	725,00	502,00	318,00	173,00	67,00
2740,00	2749,99	1267,00	730,00	506,00	321,00	175,00	68,00
2750,00	2759,99	1274,00	735,00	510,00	324,00	177,00	69,00
2760,00	2769,99	1281,00	740,00	514,00	327,00	179,00	70,00
2770,00	2779,99	1288,00	745,00	518,00	330,00	181,00	71,00
2780,00	2789,99	1295,00	750,00	522,00	333,00	183,00	72,00
2790,00	2799,99	1302,00	755,00	526,00	336,00	185,00	73,00
2800,00	2809,99	1309,00	760,00	530,00	339,00	187,00	74,00
2810,00	2819,99	1316,00	765,00	534,00	342,00	189,00	75,00
2820,00	2829,99	1323,00	770,00	538,00	345,00	191,00	76,00
2830,00	2839,99	1330,00	775,00	542,00	348,00	193,00	77,00
2840,00	2849,99	1337,00	780,00	546,00	351,00	195,00	78,00

## Anlage 2 zu § 850c (EURO-Tabelle)

EURO-Netto-Lohn monatlich		Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ..... Personen					
		0	1	2	3	4	5 und mehr
2850,00	2851,00	1344,00	785,00	550,00	354,00	197,00	79,00
Der Mehrbetrag ab		2851,00 EURO ist voll pfändbar					





## Anlage 2 zu § 850c (EURO-Tabelle)

EURO-Netto-Lohn		Pfändbarer Betrag bei					
wöchentlich		Unterhaltspflicht für ..... Personen					
		0	1	2	3	4	5 und mehr
457,50	459,99	168,00	79,50	45,60	20,70	4,80	
460,00	462,49	169,75	80,75	46,60	21,45	5,30	
462,50	464,99	171,50	82,00	47,60	22,20	5,80	
465,00	467,49	173,25	83,25	48,60	22,95	6,30	
467,50	469,99	175,00	84,50	49,60	23,70	6,80	
470,00	472,49	176,75	85,75	50,60	24,45	7,30	
472,50	474,99	178,50	87,00	51,60	25,20	7,80	
475,00	477,49	180,25	88,25	52,60	25,95	8,30	
477,50	479,99	182,00	89,50	53,60	26,70	8,80	
480,00	482,49	183,75	90,75	54,60	27,45	9,30	0,15
482,50	484,99	185,50	92,00	55,60	28,20	9,80	0,40
485,00	487,49	187,25	93,25	56,60	28,95	10,30	0,65
487,50	489,99	189,00	94,50	57,60	29,70	10,80	0,90
490,00	492,49	190,75	95,75	58,60	30,45	11,30	1,15
492,50	494,99	192,50	97,00	59,60	31,20	11,80	1,40
495,00	497,49	194,25	98,25	60,60	31,95	12,30	1,65
497,50	499,99	196,00	99,50	61,60	32,70	12,80	1,90
500,00	502,49	197,75	100,75	62,60	33,45	13,30	2,15
502,50	504,99	199,50	102,00	63,60	34,20	13,80	2,40
505,00	507,49	201,25	103,25	64,60	34,95	14,30	2,65
507,50	509,99	203,00	104,50	65,60	35,70	14,80	2,90
510,00	512,49	204,75	105,75	66,60	36,45	15,30	3,15
512,50	514,99	206,50	107,00	67,60	37,20	15,80	3,40
515,00	517,49	208,25	108,25	68,60	37,95	16,30	3,65
517,50	519,99	210,00	109,50	69,60	38,70	16,80	3,90
520,00	522,49	211,75	110,75	70,60	39,45	17,30	4,15
522,50	524,99	213,50	112,00	71,60	40,20	17,80	4,40
525,00	527,49	215,25	113,25	72,60	40,95	18,30	4,65
527,50	529,99	217,00	114,50	73,60	41,70	18,80	4,90
530,00	532,49	218,75	115,75	74,60	42,45	19,30	5,15
532,50	534,99	220,50	117,00	75,60	43,20	19,80	5,40
535,00	537,49	222,25	118,25	76,60	43,95	20,30	5,65
537,50	539,99	224,00	119,50	77,60	44,70	20,80	5,90
540,00	542,49	225,75	120,75	78,60	45,45	21,30	6,15
542,50	544,99	227,50	122,00	79,60	46,20	21,80	6,40
545,00	547,49	229,25	123,25	80,60	46,95	22,30	6,65
547,50	549,99	231,00	124,50	81,60	47,70	22,80	6,90
550,00	552,49	232,75	125,75	82,60	48,45	23,30	7,15
552,50	554,99	234,50	127,00	83,60	49,20	23,80	7,40
555,00	557,49	236,25	128,25	84,60	49,95	24,30	7,65
557,50	559,99	238,00	129,50	85,60	50,70	24,80	7,90
560,00	562,49	239,75	130,75	86,60	51,45	25,30	8,15
562,50	564,99	241,50	132,00	87,60	52,20	25,80	8,40
565,00	567,49	243,25	133,25	88,60	52,95	26,30	8,65
567,50	569,99	245,00	134,50	89,60	53,70	26,80	8,90
570,00	572,49	246,75	135,75	90,60	54,45	27,30	9,15
572,50	574,99	248,50	137,00	91,60	55,20	27,80	9,40
575,00	577,49	250,25	138,25	92,60	55,95	28,30	9,65

## Anlage 2 zu § 850c (EURO-Tabelle)

EURO-Netto-Lohn		Pfändbarer Betrag bei						
wöchentlich		Unterhaltspflicht für ..... Personen						
		0	1	2	3	4	5 und mehr	
577,50	579,99	252,00	139,50	93,60	56,70	28,80	9,90	
580,00	582,49	253,75	140,75	94,60	57,45	29,30	10,15	
582,50	584,99	255,50	142,00	95,60	58,20	29,80	10,40	
585,00	587,49	257,25	143,25	96,60	58,95	30,30	10,65	
587,50	589,99	259,00	144,50	97,60	59,70	30,80	10,90	
590,00	592,49	260,75	145,75	98,60	60,45	31,30	11,15	
592,50	594,99	262,50	147,00	99,60	61,20	31,80	11,40	
595,00	597,49	264,25	148,25	100,60	61,95	32,30	11,65	
597,50	599,99	266,00	149,50	101,60	62,70	32,80	11,90	
600,00	602,49	267,75	150,75	102,60	63,45	33,30	12,15	
602,50	604,99	269,50	152,00	103,60	64,20	33,80	12,40	
605,00	607,49	271,25	153,25	104,60	64,95	34,30	12,65	
607,50	609,99	273,00	154,50	105,60	65,70	34,80	12,90	
610,00	612,49	274,75	155,75	106,60	66,45	35,30	13,15	
612,50	614,99	276,50	157,00	107,60	67,20	35,80	13,40	
615,00	617,49	278,25	158,25	108,60	67,95	36,30	13,65	
617,50	619,99	280,00	159,50	109,60	68,70	36,80	13,90	
620,00	622,49	281,75	160,75	110,60	69,45	37,30	14,15	
622,50	624,99	283,50	162,00	111,60	70,20	37,80	14,40	
625,00	627,49	285,25	163,25	112,60	70,95	38,30	14,65	
627,50	629,99	287,00	164,50	113,60	71,70	38,80	14,90	
630,00	632,49	288,75	165,75	114,60	72,45	39,30	15,15	
632,50	634,99	290,50	167,00	115,60	73,20	39,80	15,40	
635,00	637,49	292,25	168,25	116,60	73,95	40,30	15,65	
637,50	639,99	294,00	169,50	117,60	74,70	40,80	15,90	
640,00	642,49	295,75	170,75	118,60	75,45	41,30	16,15	
642,50	644,99	297,50	172,00	119,60	76,20	41,80	16,40	
645,00	647,49	299,25	173,25	120,60	76,95	42,30	16,65	
647,50	649,99	301,00	174,50	121,60	77,70	42,80	16,90	
650,00	652,49	302,75	175,75	122,60	78,45	43,30	17,15	
652,50	654,99	304,50	177,00	123,60	79,20	43,80	17,40	
655,00	657,49	306,25	178,25	124,60	79,95	44,30	17,65	
657,50	658,00	308,00	179,50	125,60	80,70	44,80	17,90	
Der Mehretrag ab		658,00	EURO ist voll pfändbar					

Anlage 2 zu § 850c (EURO-Tabelle)

EURO-Netto-Lohn		Pfändbarer Betrag bei					
täglich		Unterhaltspflicht für ..... Personen					
		0	1	2	3	4	5 und mehr
43,50	43,99						
44,00	44,49	0,35					
44,50	44,99	0,70					
45,00	45,49	1,05					
45,50	45,99	1,40					
46,00	46,49	1,75					
46,50	46,99	2,10					
47,00	47,49	2,45					
47,50	47,99	2,80					
48,00	48,49	3,15					
48,50	48,99	3,50					
49,00	49,49	3,85					
49,50	49,99	4,20					
50,00	50,49	4,55					
50,50	50,99	4,90					
51,00	51,49	5,25					
51,50	51,99	5,60					
52,00	52,49	5,95					
52,50	52,99	6,30					
53,00	53,49	6,65					
53,50	53,99	7,00					
54,00	54,49	7,35					
54,50	54,99	7,70					
55,00	55,49	8,05					
55,50	55,99	8,40					
56,00	56,49	8,75					
56,50	56,99	9,10					
57,00	57,49	9,45					
57,50	57,99	9,80					
58,00	58,49	10,15					
58,50	58,99	10,50					
59,00	59,49	10,85					
59,50	59,99	11,20					
60,00	60,49	11,55					
60,50	60,99	11,90					
61,00	61,49	12,25	0,25				
61,50	61,99	12,60	0,50				
62,00	62,49	12,95	0,75				
62,50	62,99	13,30	1,00				
63,00	63,49	13,65	1,25				
63,50	63,99	14,00	1,50				
64,00	64,49	14,35	1,75				
64,50	64,99	14,70	2,00				
65,00	65,49	15,05	2,25				
65,50	65,99	15,40	2,50				
66,00	66,49	15,75	2,75				
66,50	66,99	16,10	3,00				
67,00	67,49	16,45	3,25				



## Anlage 2 zu § 850c (EURO-Tabelle)

EURO-Netto-Lohn		Pfändbarer Betrag bei					
täglich		Unterhaltspflicht für ..... Personen					
		0	1	2	3	4	5 und mehr
91,50	91,99	33,60	15,50	8,80	3,90	0,80	
92,00	92,49	33,95	15,75	9,00	4,05	0,90	
92,50	92,99	34,30	16,00	9,20	4,20	1,00	
93,00	93,49	34,65	16,25	9,40	4,35	1,10	
93,50	93,99	35,00	16,50	9,60	4,50	1,20	
94,00	94,49	35,35	16,75	9,80	4,65	1,30	
94,50	94,99	35,70	17,00	10,00	4,80	1,40	
95,00	95,49	36,05	17,25	10,20	4,95	1,50	
95,50	95,99	36,40	17,50	10,40	5,10	1,60	
96,00	96,49	36,75	17,75	10,60	5,25	1,70	
96,50	96,99	37,10	18,00	10,80	5,40	1,80	
97,00	97,49	37,45	18,25	11,00	5,55	1,90	0,05
97,50	97,99	37,80	18,50	11,20	5,70	2,00	0,10
98,00	98,49	38,15	18,75	11,40	5,85	2,10	0,15
98,50	98,99	38,50	19,00	11,60	6,00	2,20	0,20
99,00	99,49	38,85	19,25	11,80	6,15	2,30	0,25
99,50	99,99	39,20	19,50	12,00	6,30	2,40	0,30
100,00	100,49	39,55	19,75	12,20	6,45	2,50	0,35
100,50	100,99	39,90	20,00	12,40	6,60	2,60	0,40
101,00	101,49	40,25	20,25	12,60	6,75	2,70	0,45
101,50	101,99	40,60	20,50	12,80	6,90	2,80	0,50
102,00	102,49	40,95	20,75	13,00	7,05	2,90	0,55
102,50	102,99	41,30	21,00	13,20	7,20	3,00	0,60
103,00	103,49	41,65	21,25	13,40	7,35	3,10	0,65
103,50	103,99	42,00	21,50	13,60	7,50	3,20	0,70
104,00	104,49	42,35	21,75	13,80	7,65	3,30	0,75
104,50	104,99	42,70	22,00	14,00	7,80	3,40	0,80
105,00	105,49	43,05	22,25	14,20	7,95	3,50	0,85
105,50	105,99	43,40	22,50	14,40	8,10	3,60	0,90
106,00	106,49	43,75	22,75	14,60	8,25	3,70	0,95
106,50	106,99	44,10	23,00	14,80	8,40	3,80	1,00
107,00	107,49	44,45	23,25	15,00	8,55	3,90	1,05
107,50	107,99	44,80	23,50	15,20	8,70	4,00	1,10
108,00	108,49	45,15	23,75	15,40	8,85	4,10	1,15
108,50	108,99	45,50	24,00	15,60	9,00	4,20	1,20
109,00	109,49	45,85	24,25	15,80	9,15	4,30	1,25
109,50	109,99	46,20	24,50	16,00	9,30	4,40	1,30
110,00	110,49	46,55	24,75	16,20	9,45	4,50	1,35
110,50	110,99	46,90	25,00	16,40	9,60	4,60	1,40
111,00	111,49	47,25	25,25	16,60	9,75	4,70	1,45
111,50	111,99	47,60	25,50	16,80	9,90	4,80	1,50
112,00	112,49	47,95	25,75	17,00	10,05	4,90	1,55
112,50	112,99	48,30	26,00	17,20	10,20	5,00	1,60
113,00	113,49	48,65	26,25	17,40	10,35	5,10	1,65
113,50	113,99	49,00	26,50	17,60	10,50	5,20	1,70
114,00	114,49	49,35	26,75	17,80	10,65	5,30	1,75
114,50	114,99	49,70	27,00	18,00	10,80	5,40	1,80
115,00	115,49	50,05	27,25	18,20	10,95	5,50	1,85

## Anlage 2 zu § 850c (EURO-Tabelle)

EURO-Netto-Lohn täglich		Pfändbarer Betrag bei						
		Unterhaltspflicht für ..... Personen						
		0	1	2	3	4	5 und mehr	
115,50	115,99	50,40	27,50	18,40	11,10	5,60	1,90	
116,00	116,49	50,75	27,75	18,60	11,25	5,70	1,95	
116,50	116,99	51,10	28,00	18,80	11,40	5,80	2,00	
117,00	117,49	51,45	28,25	19,00	11,55	5,90	2,05	
117,50	117,99	51,80	28,50	19,20	11,70	6,00	2,10	
118,00	118,49	52,15	28,75	19,40	11,85	6,10	2,15	
118,50	118,99	52,50	29,00	19,60	12,00	6,20	2,20	
119,00	119,49	52,85	29,25	19,80	12,15	6,30	2,25	
119,50	119,99	53,20	29,50	20,00	12,30	6,40	2,30	
120,00	120,49	53,55	29,75	20,20	12,45	6,50	2,35	
120,50	120,99	53,90	30,00	20,40	12,60	6,60	2,40	
121,00	121,49	54,25	30,25	20,60	12,75	6,70	2,45	
121,50	121,99	54,60	30,50	20,80	12,90	6,80	2,50	
122,00	122,49	54,95	30,75	21,00	13,05	6,90	2,55	
122,50	122,99	55,30	31,00	21,20	13,20	7,00	2,60	
123,00	123,49	55,65	31,25	21,40	13,35	7,10	2,65	
123,50	123,99	56,00	31,50	21,60	13,50	7,20	2,70	
124,00	124,49	56,35	31,75	21,80	13,65	7,30	2,75	
124,50	124,99	56,70	32,00	22,00	13,80	7,40	2,80	
125,00	125,49	57,05	32,25	22,20	13,95	7,50	2,85	
125,50	125,99	57,40	32,50	22,40	14,10	7,60	2,90	
126,00	126,49	57,75	32,75	22,60	14,25	7,70	2,95	
126,50	126,99	58,10	33,00	22,80	14,40	7,80	3,00	
127,00	127,49	58,45	33,25	23,00	14,55	7,90	3,05	
127,50	127,99	58,80	33,50	23,20	14,70	8,00	3,10	
128,00	128,49	59,15	33,75	23,40	14,85	8,10	3,15	
128,50	128,99	59,50	34,00	23,60	15,00	8,20	3,20	
129,00	129,49	59,85	34,25	23,80	15,15	8,30	3,25	
129,50	129,99	60,20	34,50	24,00	15,30	8,40	3,30	
130,00	130,49	60,55	34,75	24,20	15,45	8,50	3,35	
130,50	130,99	60,90	35,00	24,40	15,60	8,60	3,40	
131,00	131,49	61,25	35,25	24,60	15,75	8,70	3,45	
131,50	131,58	61,60	35,50	24,80	15,90	8,80	3,50	
Der Mehrbetrag ab		131,58	EURO ist voll pfändbar					

**Anlage 2****Stellungnahme des Bundesrates**

Der Bundesrat hat in seiner 764. Sitzung am 1. Juni 2001 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

**Zum Gesetzentwurf insgesamt**

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob bei der gesetzlichen Festschreibung der Pfändungsfreigrenzen eine Differenzierung nach einzelnen Ländern, die sich z. B. an den unterschiedlichen Sozialhilfesätzen oder an anderen Kriterien orientiert, ohne wesentliche Erhöhung des Verwaltungsaufwandes möglich ist.

### Anlage 3

## Gegenäußerung der Bundesregierung

### Zum Gesetzentwurf insgesamt

1. Die Bundesregierung hält eine Regelung, die unterschiedliche Pfändungsfreigrenzen für die einzelnen Länder vorsieht, nicht für sachgerecht.

Eine Differenzierung bei den Pfändungsfreigrenzen nach einzelnen Ländern wäre wenig überschaubar und sachlich nicht gerechtfertigt. Die Pfändungsfreigrenzen sollen durch den Entwurf so weit angehoben werden, dass durch eine Pfändung von Arbeitseinkommen Schuldner nicht sozialhilfebedürftig werden. Der sozialhilferechtliche Bedarf setzt sich im Wesentlichen aus den in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich festgelegten Regelsätzen sowie den Wohnkosten zusammen. Die Sozialhilferegelsätze der einzelnen Länder unterscheiden sich nicht so wesentlich, dass man damit unterschiedliche Pfändungsfreigrenzen rechtfertigen könnte. Die wesentlichen Unterschiede bei dem sozialhilferechtlichen Bedarf beruhen auf unterschiedlichen Wohnkosten. Diese differieren jedoch schon innerhalb der einzelnen Länder erheblich. In jedem Land sind fast alle Mietstufen vertreten, was gegen eine Differenzierung der Pfändungsfreigrenzen nach Ländern spricht.

Bereits in der Begründung zu dem Gesetzentwurf wird ausgeführt, dass regional unterschiedliche Pfändungsfreigrenzen die Zwangsvollstreckung unzumutbar erschweren würden. Gläubiger hätten keine verlässliche Kalkulationsgrundlage, und Schuldner würde die Möglichkeit eröffnet, die Höhe der ihnen zu belassenden pfandfreien Einkünfte durch Wohnsitzänderungen zu beeinflussen. Insbesondere bei Schuldnern, die nahe an einer Landesgrenze wohnen, können unterschiedliche Pfändungsfreigrenzen das Gefühl der Ungleichbehandlung hervorrufen, beispielsweise dann, wenn dem wenige Kilometer entfernt jenseits der Landesgrenze wohnenden im selben Unternehmen arbeitenden Kollegen ein höheres Einkommen verbleibt. Bei Drittschuldnern,

die überregional Leistungen erbringen (z. B. Großunternehmen, Rentenversicherungsträger), würden unterschiedliche Pfändungsfreigrenzen einen unvermeidbaren zusätzlichen Verwaltungsaufwand verursachen, da sie wohnortbezogen unterschiedliche Tabellen anwenden müssten. Auch die Gerichte würden durch unterschiedliche Pfändungsfreigrenzen zusätzlich belastet. Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse müssten bei einer durch Wohnsitzwechsel verursachten Änderung des Pfändungsbetrages durch das Vollstreckungsgericht abgeändert werden.

Bei regional differenzierten Pfändungsfreigrenzen müsste zusätzlich auch noch gesetzlich geregelt werden, welche Werte für im Ausland lebende Schuldner gelten. Konsequenterweise müsste man auch hier abhängig von den jeweiligen Lebenshaltungskosten differenzierte Pfändungsfreigrenzen für die einzelnen ausländischen Staaten ausweisen.

2. In Übereinstimmung mit einer im Rechtsausschuss des Bundesrates vorgetragenen Anregung hält die Bundesregierung einen einheitlichen Termin, den 1. Januar 2002, für das In-Kraft-Treten der Änderung der Pfändungsfreigrenzen und der Euroumstellung für zweckmäßig. Der Regierungsentwurf sieht bisher unterschiedliche Zeitpunkte vor, so dass eine zweimalige Umstellung der Pfändungsfreigrenzen erforderlich würde. Bei dem üblichen Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens liegen aber die beiden Umstellungszeitpunkte so nahe beieinander, dass die durch eine gespaltene Regelung des In-Kraft-Tretens verursachten Mehrkosten und Mehrarbeit nicht gerechtfertigt wären. Um ein einheitliches In-Kraft-Treten zu erreichen, müssen verschiedene Vorschriften des Regierungsentwurfs angepasst werden. Zudem wird die Tabelle mit DM-Beträgen entbehrlich. Die Bundesregierung wird sich im weiteren Gesetzgebungsverfahren dafür einsetzen, dass der Gesetzentwurf entsprechend geändert wird.